Stärkt den Wahlfonds der Kommunistischen Partei! Agitiert für die Liste 4!

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 7. August 1930
12. Jahrgang. Nummer 181

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentl. 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch d. Post bezogen monatl. 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile od. deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß d. Inseratenannahme in d. Hauptexpedition 8 Uhr; in d. Filialen am Tage vorher bis spät. 18 Uhr

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Tel. 560 30. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1364; Görlitz: Lunitz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellsch. mbH., Bresl. — Druck: „Peuvag", Fil. Breslau, Trebnitz. Str. 50

Der „linke" Schramm fordert Lohnabbau

Er hat 2000 Mark monatlich — den Arbeitern will er die wenigen Hungerpfennige beschneiden — auf Wunsch des Arbeitgeberverbandes

Das nennt sich Es Pe De!

Ihre Führer waren für den neuen Unterstützungsraub

Die Berliner Zeitung des Zentrums, die „Germania", macht in ihrer Morgenausgabe vom 5. August sensationelle Enthüllungen über die Verhandlungen, die die SPD. vor Auflösung des Reichstages mit dem Zentrum geführt hat. In diesen Verhandlungen haben die SPD.-Führer ihre Bereitwilligkeit erklärt, dem Unterstützungsraub an den Arbeitslosen und Kranken zuzustimmen und außerdem die Verabschiedung aller Etatsgesetze zu ermöglichen. Die „Germania" belegt diese Tatsache mit folgendem Brief, den Breitscheid und Müller am 16. Juli an den Zentrumsführer Esser gerichtet haben. Der Brief lautet:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bereit, in mündlichen Verhandlungen die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen sie eine Verabschiedung der Deckungsvorlagen mit ihrer Unterstützung für möglich hält. Sie hat jedoch schon gestern durch die Rede ihres Vertreters im Plenum erkennen lassen, daß die in der Deckungsvorlage enthaltene Kopfsteuer, die sogenannte Bürgerabgabe, für sie vollkommen unannehmbar ist. Voraussetzung für fruchtbare Verhandlungen wäre daher die Bereitwilligkeit der anderen Parteien, auf die Bürgerabgabe zu verzichten. In diesem Falle wäre auch Gelegenheit gegeben, über notwendige **Aenderungen der Vorlagen zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung in Verhandlungen einzutreten.**"

Die SPD. war also bereit, allem zuzustimmen, wenn ihr nur die einzige kleine Konzession mit der Kopfsteuer gemacht worden wäre. Diese Konzession brauchte die SPD., um den ungeheuren Verrat an den Werktätigen, an den Arbeitslosen und Kranken zu bemänteln. Aber was sagen jetzt die Arbeitslosen, die Betriebsarbeiter, zu dem Brief der Müller und Breitscheid, zu einer Partei, die einige Wochen nach einem solchen Verrat behauptet, sie sei gegen den neuen Abbau der Arbeitslosenunterstützung gewesen?

Die SPD.-Führerschaft ist gerichtet. Die Enthüllung des Zentrums wird in den Kreisen der bisherigen SPD.-Anhänger wie eine Bombe einschlagen. Tausende werden mit den verräterischen SPD.-Führern brechen. Sorge jeder Arbeiter für die weiteste Verbreitung der Tatsachen und werbe jeder für einen Wahlsieg der KPD. Dieser Wahlkampf muß mit einer Niederlage der SPD.-Führer und mit einem Sieg der roten Einheitsfront enden!

Ihre Führer haben den Marxismus begraben

In der „Rhein- und Ruhrzeitung" vom 22. Juni 1930 finden sich in einem Artikel „Karl-Marx-Schule" folgende interessante Sätze, die den Beweis erbringen, daß auch in bürgerlichen Kreisen die Entwicklung der SPD. sehr richtig beurteilt wird:

„Eigenartig, für die Sozialdemokratie in Preußen und für die Sozialdemokratie in Deutschland bedeutet heute Karl Marx nicht mehr viel. Die Funktionäre der Sozialdemokratie sind heute fast alle nur noch Nennmarxisten. Die politische Entwicklung hat viele Tausende von ihnen zu Besitzbürgern gemacht, die sich zu allererst gegen die Anwendung marxistischer Lehren wenden würden. Gewiß, in den Gewerkschafts- und Parteischulen wird noch der marxistische Katechismusunterricht erteilt, aber die Lehren und Uebungen, die zur Beherrschung der politischen Klaviatur und des sozialdemokratischen Apparates führen, sind heute der Sozialdemokratie wichtiger, als die Pflege marxistischer Gedanken. Marx ist heute der Heilige des Kommunismus. Der konsequenteste Marxismus wird heute vom Kommunismus vertreten, und nur noch von ihm... Sozialdemokratie von heute und Marxismus verwechseln nur noch weltfremde Geheimräte. Aber der Kampf gegen den Kommunismus, das ist der Kampf gegen den Marxismus, und der Kampf muß viel zielbewußter werden."

Dieses Zitat wird von der sozialdemokratischen Zeitschrift „Klassenkampf" vom 1. August gebracht, und sehr charakteristisch für die Beurteilung, die die SPD. in ihren eigenen Reihen findet, ist dann die redaktionelle Bemerkung. Sie lautet:

„Was für Gedanken sich so bürgerliche Blätter machen. Schlimm wäre es, wenn das Blatt mit seiner Charakterisierung recht hätte."

Wir stellen demgegenüber fest: die Sozialdemokraten selbst wagen es nicht mehr zu leugnen, daß die Charakterisierung, die das Bürgertum in diesem Falle gibt, zutrifft. Für uns Kommunisten ist das Wichtigste in diesem Zitat das Eingeständnis, daß nur noch der Kommunismus den Ideengehalt des Marxismus in sich verkörpert. Und die Aufforderung, gegen uns Kommunisten den Kampf viel zielbewußter zu führen, enthält doch gleichzeitig das Eingeständnis, daß gegen die Sozialdemokratie das Bürgertum seinen Kampf zu dämpfen hat.

In der praktischen Politik aber hat doch das Bürgertum nie gegen die Sozialdemokratie gekämpft, sondern lediglich mit der Sozialdemokratie alle Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterschaft geschaffen.

Dieses bürgerliche und sozialdemokratische Eingeständnis des Verrates an allen Prinzipien der Arbeiterbewegung möge sich jeder sozialdemokratische Arbeiter bis zum 14. September durch den Kopf gehen lassen.

Breslau, 6. August.

Der Lohntarif der Breslauer Gemeindearbeiter läuft zum 30. September ab. Die steigenden (trotz allen Abbaugeschreis) Preise für Waren und Mieten, die erhöhten Abgaben für Steuern und Sozialversicherung zwingen die Gemeindearbeiter, Forderungen auf Erhöhung ihrer Löhne zu stellen.

Der Breslauer Magistrat als Arbeitgeber hat ein Arbeitsdezernat, das sich mit den Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter beschäftigt. Verwalter des Arbeitsdezernats ist der „linke" Sozialdemokrat Schramm. Dieser Schramm hat noch am 29. Juli dieses Jahres vor der Aufstellung der Reichstagskandidaten „Forderungen an den Reichstag" formuliert, sie in der „Volkswacht" veröffentlicht und „gefordert", die sozialdemokratische Fraktion möge sich für deren Durchsetzung einsetzen. Die „Forderungen" waren sehr zahlreich. U. a. „forderte" Schramm:

„Beseitigung aller Fesseln der Gewerkschaftsfreiheit, insbesondere Umgestaltung des staatlichen Schlichtungswesens".

Diese „Forderung" sollte bei den Arbeitern den Eindruck erwecken, als wollte Schramm damit die Voraussetzungen zur Erkämpfung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen schaffen.

Es gab nicht wenige sozialdemokratische Arbeiter, die in Schramm und seiner Gruppe die tatsächlichen Führer im Kampfe für die Arbeiterinteressen gesehen haben.

Heute schreiben wir den 6. August. Es sind also genau acht Tage nach der Veröffentlichung der rrrevolutionären Schramm-Forderungen vergangen — und wir sind im Besitz eines

Rundschreibens des ADGB.-Bezirksausschusses,

aus dessen Wortlaut eindeutig hervorgeht, daß Schramm der schlimmste Arbeiterfeind ist, weil er einen

Lohnabbau für die städtischen Arbeiter zum Zweck der Sanierung der Finanzen der Stadt

vorschlägt. Wir zitieren das Rundschreiben des ADGB.-Bezirksausschusses, das nur für die Gau- und Bezirksleiter des ADGB. im Bezirk Schlesien bestimmt war:

„Werte Kollegen! Der Arbeitsdezernent der Stadt Breslau hat in einem vertraulichen Rundschreiben den Betriebsleitern der Städtischen Werke in Breslau Vorschläge gemacht, über Aenderungen der Lohn- und Funktionszulagen mit dem Ziele — wie ausdrücklich in dem Rundschreiben hervorgehoben wird —, den

Umfang der Zulagen ganz wesentlich zu vermindern.

In einer Direktorenbesprechung am 30. Mai 1930 haben die Herren ihre Bedenken zu diesem Vorgehen geäußert, weil nach ihrer Meinung ein Abbau der Funktionszulagen nur dann möglich ist, wenn das Lohnsystem selbst eine Aenderung erfährt... Auch bei den sogenannten qualifizierten Handwerkern, Arbeitern und Frauen soll die Leistungszulage einer sorgfältigen Prüfung, selbstverständlich auch mit dem Ziele der Verminderung unterzogen werden. Auch die Funktionszulagen für Vorhandwerker ... sollen auf 12 Pfennig pro Stunde herabgesetzt werden. Das bedeutet ... einen

Abbau des Stundenlohnes um 10,2 Pfennig.

Im gleichen Umfang soll auch die Funktionszulage für Vorarbeiter abgebaut werden. Auch sonst sind noch wesentliche Abbaumaßnahmen ... in dem Rundschreiben vorgesehen."

Nach dieser Mitteilung über die Vorschläge des „linken" Sozialdemokraten Schramm wird in dem Rundschreiben des Bezirksausschusses des ADGB. Schramms Rundschreiben im Wortlaut zitiert:

„Die Neuregelung ist erst nach Kündigung des bis zum 30. September 1930 geltenden Lohntarifs möglich. Sie bedeutet eine nicht wesentliche Entlastung der Betriebe... wenn auch nicht zu verkennen ist, daß mit Härten und Lohnverminderungen verbunden sein wird, dies ist aber, um zu dem gewünschten Ziel zu kommen, nicht zu umgehen und läßt sich rechtfertigen aus der finanziellen Notlage der Stadt Breslau... Auch vom Reichsarbeitgeberverband ist die Frage des Abbaues der Funktionszulage eingehend erörtert worden. Seine Anregungen sind in den obigen Vorschlägen verwertet worden."

Anschließend wird in dem Rundschreiben des Bezirksausschusses mitgeteilt, daß das Rundschreiben von Schramm durch den Bezirksausschuß (lies Wiersich) dem Bezirksleiter des Gesamtverbandes zugestellt wurde,

„weil es von ganz besonderer Bedeutung ist, wenn ausgerechnet der Dezernent der Stadt Breslau in der Zeit, wo die Gewerkschaften mit allen zu Gebote stehenden Mitteln jedem Lohnabbau entgegentreten, von sich aus derartige Maßnahmen gegen die städtischen Arbeiter und Angestellten unternimmt".

Darauf wird die Antwort der Bezirksleitung des Gesamtverbandes zitiert. Nach dem Hinweis, daß die sogenannten Funktionszulagen nicht durch den örtlichen, sondern durch den Reichsmanteltarif und die Bezirkszusatzvereinbarung festgelegt sind, die erst mit dem 31. Dezember ablaufen, heißt es wörtlich:

„Bisher und besonders solange wie Genosse Stadtrat Neukirch Personaldezernent der städtischen Arbeiter war, galt die Vertragstreue auf beiden Tarifseiten, also nicht nur bei den städtischen Arbeitern. Es ist uns unverständlich, daß der jetzige Dezernent des Hauptbüros für Arbeiterangelegenheiten, Herr Stadtrat Schramm, als ehemaliger Gewerkschaftsangestellter die Verantwortung für einen derartigen Rechtsbruch gegenüber dem Tarifvertrage der städtischen Arbeiter, der sich zum Schaden der städtischen Arbeiter auswirken muß, übernehmen kann. Man sollte sich auch im Hauptbüro für Arbeiterangelegenheiten nicht auf den sehr einfachen Standpunkt stellen, die finanzielle Notlage der Stadtverwaltung durch einen Lohnabbau in Ordnung zu bringen."

*

Der Arbeitgeberverband hat den Lohnabbau vorgeschlagen — und deshalb schlägt ihn auch der „linke" Schramm vor. Vorschläge, die Besitzenden, die Unternehmer mehr zu belasten, macht Schramm nicht. Zur Sanierung des städtischen Haushalts sollen nach Schramms Wunsch die Arbeiter geschröpft werden.

Schramm ist kein Ausnahmefall. Er gehört der Gruppe an, die sich als „Linke" zu benennen pflegt. Dieser „Richtung" gehören auch die „linken" Ziegler vom Metallarbeiterverband, Sporn vom Buchdruckerverband und andere an. Sie alle dreschen rrradikale Phrasen — um die Arbeiter bei der Sozialdemokratie zu halten. Sie sagen den Arbeitern, daß es möglich ist, die „Rechten" aus der Führung der Sozialdemokratischen Partei zu beseitigen, um so diese Partei wieder zu einer wahren Arbeiterpartei zu machen.

In Wirklichkeit sind die Taten dieser „linken" Herrschaften genau so reaktionär und arbeiterfeindlich, wie die ihrer „rechten" Gesinnungsgenossen Mache, Wiersich, Blank und wie sie alle heißen.

Es ist ein ekelerregender Cliquenkampf, der da auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird, und das gemeinsame Bestreben der „Rechten" und „Linken", die Arbeiter von der Einreihung in die rote Front unter Führung der Kommunistischen Partei und Revolutionären Gewerkschaftsopposition abzuhalten, um dadurch für sich die Möglichkeit zu haben, Monatsgehälter von 1000, 2000 und mehr Mark einzustecken.

Sozialdemokratische Arbeiter, wie lange noch wollt ihr den Buckel herhalten und hoffen? Es gibt keine Hoffnung mehr, daß die deutsche Sozialdemokratie jemals wieder eine Politik im Interesse der Arbeiter verfolgen könnte. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß diese Partei zu einer immer stärkeren Stütze der Reaktion und des Unternehmertums, daß sie immer mehr faschisiert wird.

Sozialdemokratische Kollegen, Schluß mit der Lammesgeduld! Her zu uns! Kämpft mit uns gemeinsam für die gemeinsamen Interessen des Proletariats.

Young-Deutschland schwingt die Hungerpeitsche über Krankenbetten

Die Hungerdiktatur Hindenburg-Brüning hat am 27. Juli neben der Verordnung über „Notopfer", „Negersteuer", „Schankverzehrsteuer" eine weitere Verordnung „zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände" erlassen. Durch diese Verordnung haben diese Young-Vögte und Kommis des Trustkapitals neuerdings die Erwerbslosenversicherung verschlechtert und einen Vielhundertmillionenraub an den Kranken vollzogen. Zur Verhöhnung der verzweifelten Erwerbslosen und Kranken nennen sie dieses Diktaturprodukt „Behebung sozialer Notstände".

Der von Hindenburg-Brüning diktierte Raubplan gegen die Kranken enthält all das, was bereits in dem Referentenentwurf Wissells vom Herbst 1929 enthalten war. In einem Punkt geht dieser allerdings noch über den Plan von Wissell hinaus, und zwar in der Arztfrage. Die Diktatoren des Trustkapitals haben auch in diesem Punkt dem Drängen der sozialfaschistischen Bürokratie nachgegeben. Die Neuordnung des kassenärztlichen Dienstes wurde von dem Sozialfaschisten Lehmann, Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, hartnäckig propagiert und dazu neben den Krankenkassenfachorganen die Gewerkschafts- und SPD.-Presse benutzt. So schrieb der „Vorwärts" noch in einem Artikel am 6. Juni d. J.:

„Wer in der Krankenversicherung helfen will, darf nicht an Symptomen herumkurieren, er muß den Stier bei den Hörnern packen. Es gibt eine Reihe von Fragen, bei denen in der Krankenversicherung begründete Reformen ansetzen können. In ihrem Mittelpunkt steht die Arztfrage. Warum entschließt man sich nicht zu einer Trennung der den Bezug des Krankengeldes auslösenden Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit von der eigentlichen ärztlichen Behandlung? Eine solche Trennung ist möglich und zweckmäßig. Mit ihrer Hilfe ließe sich eine nennenswerte Ersparnis erzielen ..."

Nach dem Willen der sozialfaschistischen Gewerkschafts- und Kassenbürokratie soll der Arbeiter nur bei objektiv nachweisbarer Arbeitsunfähigkeit Krankengeld erhalten. Nicht der behandelnde Arzt, sondern der Vertrauensarzt soll die zum Bezuge erforderliche Bescheinigung ausstellen. Ueber die Auswirkung der „Neuordnung des kassenärztlichen Dienstes" ist sich die sozialfaschistische Bürokratie nicht im Zweifel. In einer Tagung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen am 26. Juni 1930 hat Lehmann nach dem Bericht in Nr. 27 „Deutsche Krankenkasse" erklärt: „Die Reform des kassenärztlichen Dienstes bringt allein 380 Millionen Mark Ersparnis jährlich."

Nach Absicht der Sozialfaschisten sollte der Raub an den Kranken auf eine feinere, dafür aber um so gemeinere Weise vollzogen werden. In der angeführten Tagung hat Lehmann weiter erklärt:

„Wird die Arzneikostenbeteiligung und die Krankenscheingebühr abgelehnt, bleiben aber die übrigen Einschränkungen der Leistungen bestehen, so ergibt sich eine Gesamtersparnis von 546 Millionen Mark, also weit mehr als die Regierung für notwendig hält."

Im Augenblick haben es die Trustkommis nicht für angebracht gehalten, den Wünschen der sozialfaschistischen Bürokratie hinsichtlich der „Neuordnung des kassenärztlichen Dienstes" in vollem Maße Rechnung zu tragen. Aber sie haben den ersten Schritt getan, der wahrscheinlich bei der reaktionären arbeiterfeindlichen Einstellung der Mehrzahl der Aerzte und der Kassenbürokratie nicht viel geringere Folgen für die kranken Proleten haben wird. Durch die Notverordnung hat der § 368 der RVO. eine Fassung erhalten, die den Arzt verpflichtet, „die Kasse vor Ausgaben soweit zu bewahren, als die Natur seiner Dienstleistungen es zuläßt". In diesem Paragraphen heißt es weiter:

„Die Kassen sind ferner verpflichtet, die Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Arbeitsunfähigkeit und seine Verordnungen ... in den erforderlichen Fällen durch einen anderen Arzt (Vertrauensarzt) rechtzeitig nachzuprüfen zu lassen."

Die Anwendung dieser Bestimmung durch die sozialfaschistische und christliche Klassenbürokratie wird in der Praxis dazu führen, daß die Zahlung von Krankengeld generell davon abhängig gemacht wird, daß die Arbeitsunfähigkeit durch den Vertrauensarzt bescheinigt wird. Auf diese gemeine Art und Weise werden dank der von den Sozialfaschisten gegebenen „Anregungen" ständig tausende Arbeiter gezwungen, selbst ihren kranken Körper ausbeuten zu lassen.

Selbst wenn zunächst durch die gesetzliche Fundierung der schärferen Anwendung des Vertrauensarztsystems nicht der von Lehmann genannte Betrag von 380 Millionen an Krankengeld eingespart wird, so dürfte aber der Raub an den Kranken durch die Notverordnung insgesamt jährlich 500 bis 600 Millionen betragen.

Für die Ausstellung jedes Krankenscheins ist eine Gebühr von 50 Pfennig zu zahlen. Durch die Satzung kann diese für die Versicherten mit einem Grundlohn von nicht mehr wie 4 Mark bis auf die Hälfte ermäßigt und mit einem Grundlohn von mehr wie 7 Mark um die Hälfte erhöht werden.

Nach der neuen Fassung des § 182a hat der Versicherte

„Bei Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln .. von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von 50 Pfennig, jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten an die abgebende Stelle zu zahlen."

Die direkte Kürzung des Krankengeldes erfolgt dadurch, daß das Krankengeld erst vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt wird, daß für den letzten Tag der Arbeitsunfähigkeit kein Krankengeld bezahlt wird, wenn dieser ein Sonn- oder Feiertag ist, daß für die ersten sechs Wochen das Krankengeld höchstens die Hälfte des Grundlohnes beträgt (wozu Familienzuschläge kommen können). In nicht wenigen Fällen wird überhaupt ein Krankengeld nicht mehr gezahlt. § 189 hat folgenden neuen Absatz 1 erhalten:

„Der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält."

Obschon die Familienversicherung jetzt zu einer Ermessensfrage geworden ist, hat man sie gleichzeitig verschlechtert. Es haben nur die Angehörigen der Versicherten Anspruch auf Krankenpflege, die innerhalb der letzten sechs Monate mindestens drei Monate auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall einer Krankheit versichert waren. Dabei werden von den Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel nur die Hälfte von den Kassen erstattet. (Im Höchstfalle 70 Prozent). Die Familienhilfe ist auf 13 Wochen beschränkt und kann durch die Kassensatzung auf höchstens 26 Wochen erweitert werden. Mit wenigen Ausnahmen hatten alle Kassen die Familienversicherung freiwillig und die meisten in einem weitergehenden Maße eingeführt, so daß auch bei der gesetzlichen Ausdehnung der Krankenhilfe auf die Familienmitglieder eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand herbeigeführt ist.

Im Interesse der Aerzte ist durch die Verordnung die freiwillige Weiterversicherung auf diejenigen beschränkt worden, die ein jährliches Einkommen von weniger als 8400 Mark haben. Damit aber die höherbezahlte sozialfaschistische und christliche Bürokratie nicht durch diese Bestimmung als Funktionäre aus den Kassenorganen ausscheiden muß, ist bestimmt worden, wer auf Grund eines höheren Einkommens aus der Versicherung ausscheidet, als Vertreter der Versicherten wählbar ist.

Damit die Kassenbürokratie gegen solche Aerzte, die es mit ihrer ärztlichen Pflicht gegenüber den kranken Arbeitern gewissenhaft nehmen, vorgehen kann, ist den Kassen das Recht zur Lösung des kassenärztlichen Dienstverhältnisses für den Schluß eines Kalendervierteljahres eingeräumt, wenn die Ausgaben für ärztiche Behandlung und die Verordnung von Arzneien und Heilmitteln das den natürlichen Umständen entsprechende Maß überschreiten.

Binnen einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung sind die Krankenkassen verpflichtet, die Beiträge unter Berücksichtigung der erfolgten Aenderungen neu festzusetzen. Der Höchstbeitrag ist durch die Verordnung von 7½ Prozent auf 6 Prozent herabgesetzt worden.

Die Diktaturverordnung hat ungeheure Auswirkungen für die ständig vorhandenen 800 000 arbeitsunfähigen Kranken. Durch den Raubzug an den Kranken kommt die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Werktätigen in krassester Weise zum Ausdruck. Die Schuldigen für die Ausplünderung der Kranken sind die gleichen, die die Hungerpolitik gegen die werktätigen Massen durchgeführt haben. Aber an keinem anderen Abschnitt der Hungerfront ist die Mitarbeit der sozialfaschistischen Bürokratie so offen sichtbar gewesen, wie bei der Verschlechterung der Krankenversicherung.

Die Arbeiterschaft wird den Kampf gegen den Raub an den Krankenkassen aufs engste mit ihrem Kampf um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, gegen die gesamte Hungerpolitik und den Faschismus verbinden müssen. Außerdem muß aber in den Krankenkassen gegen jede Verschlechterung der bisherigen Kassenleistungen der Kampf geführt werden. Die Diktaturverordnung ist gesetz- und verfassungswidrig. Keine Kasse kann auf Grund dieser rechtlich zum Abbau ihrer Leistungen gezwungen werden. Die Kassenmitglieder und ihre proletarischen Vertreter in den Kassenorganen müssen fordern, daß die bisherigen Leistungen der Kassen aufrechterhalten werden. In diesem Kampf wird sich zeigen, daß die reformistische Gewerkschafts- und Kassenbürokratie trotz der Ungesetzlichkeit und Verfassungswidrigkeit die Hindenburg-Brüning-Verordnung durchführt.

In dem bevorstehenden Wahlkampf muß dieses Attentat auf die Kranken und die Lieferung der Munition zu diesem durch die sozialfaschistische und christliche Gewerkschafts- und Kassenbürokratie dazu benutzt werden, um den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern die schamlose Rolle dieser Agenten der Trustbourgeoisie aufzuzeigen. Am 14. September muß SPD. und Zentrum eine erste Quittung für ihre Gemeinheit an den Kranken erhalten, indem Millionen ihrer bisherigen Anhänger KPD., Liste 4 wählen.

Giftgas und Panzerplatten

Das Gesicht der neuen Artikel-48-Partei — Eisenhüttenkönig Röchling, der „ehrliche Makler" aus dem Saargebiet

Die großkapitalistische „Kölnische Zeitung" propagiert seit einigen Tagen den Eisenhüttenkönig des Saargebiets, Kommerzienrat Hermann Röchling, als den neuen Führer, der die Vereinigung der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei zustande bringen soll. In der gestrigen Morgenausgabe der „Kölnischen Zeitung" wird Röchling wieder als „ein ehrlicher Makler" präsentiert, als der Mann „einer kraftvollen Vermittlung". Er habe bereits im Saargebiet durch die Vereinigung der volksparteilichen und demokratischen Kräfte des Saarlandes zur Deutsch-Saarländischen Volkspartei das Beispiel der Bildung einer „neuen Staatspartei" gegeben.

Die Millionen des Hüttenkönigs machen ihn zu der „Persönlichkeit", die alten verrotteten Parteiläden der Kapitalistenklasse aufs neue zusammenzuschieben. Die **Giftgaspartei** der Bosch, Haber, Koch und Mahraun soll sich mit der **Partei der Panzerkreuzerkapitalisten**, der Partei der Silverberg und Scholz, vereinigen.

Die „Kölnische Zeitung" hat über Nacht Herrn Röchling als den neuen Führer zur Durchführung dieser Aufgabe entdeckt. Wie weit Herr Röchling direkt oder indirekt finanziell an dieser „Kölnischen Zeitung" beteiligt ist, ist eine interessante Frage. Eine Frage, die den ganzen Sumpf kapitalistischer „Interessenten"politik aufrührt.

Der politische Inhalt der Geschwisterschaft von Giftgas und Panzerplatten ist **die Politik der brutalen Volksausplünderungsdiktatur im Zeichen des Artikels 48 und der Young-Erfüllungspolitik.**

Röchling, der saarländische Industriekönig

Zuchthausurteil gegen Kommunisten

Das Reichsgericht verhängt 11 Jahre Zuchthaus wegen Sprengstoffbesitz Kommunisten für ehrlos erklärt — Kämpft mit der Roten Hilfe gegen diese Zuchthausjustiz!

Leipzig, 5. August. (Eig. Drahtber.) Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute die aus Eschweiler bei Köln stammenden Genossen Hubert Kohne zu sechs Jahren Zuchthaus und Peter Ritthausen zu fünf Jahren Zuchthaus und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf je fünf Jahre wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz. Der Vorsitzende Baumgarten betonte in seiner Begründung, der Senat habe den Angeklagten die Ueberzeugungstäterschaft abgesprochen. Es bedeute eine außerordentliche Gefahr für die bürgerliche Ordnung, wenn die KPD. Sprengstoff besitze. Der Senat wirft den Angeklagten ehrlose Gesinnung vor. Strafverschärfend sei die Intelligenz der Angeklagten.

Beiden Genossen wurde vorgeworfen, im Jahre 1929 von April bis September aus einem Bergwerk Sprengstoffe: Sprengkapseln, Sprengpatronen und Zündschnuren entwendet zu haben. Ein Lokomotivführer hatte sich in die Eschweiler KPD.-Ortsgruppe zum Zwecke der Spitzelei aufnehmen lassen und denunzierte die Genossen der Polizei.

In der heutigen Verhandlung erklärte Genosse Ritthausen, daß er die Sprengpatronen zum Fischfang benutzen wollte. Diese Aussage hat er schon bei seiner polizeilichen Vernehmung gemacht.

Der Reichsanwalt hatte beantragt, die Angeklagten zu je fünf Jahren Zuchthaus zu verurteilen, wenn der Senat „Komplott" annähme, im andern Falle für jeden auf drei Jahre, 6 Monate Zuchthaus zu erkennen.

Genosse Kohne rief den Reichsrichtern zu: **„Es kommt der Tag und die Stunde, wo wir uns an unsern Peinigern rächen! Heil Moskau!"**

Elf Jahre Zuchthaus für nichts anderes als nur Sprengstoffbesitz, elf Jahre Zuchthaus auf Grund der Angebereien eines Spitzellumpen. Elf Jahre Zuchthaus, nur weil sie Kommunisten sind.

Ihnen spricht der Senat Ueberzeugungstäterschaft ab. Wir wissen warum. Jede mögliche Amnestierung soll von vornherein unterbunden werden. Darum tun die Herren in roter Robe in Leipzig ihren eigenen Gesetzen Gewalt an.

Aber faschistische Mörder, Femeverbrecher wie Fuhrmann, Eckermann, Fahlbusch, Schulz laufen frei umher, Dynamitverbrecher speisen trotz sogenannter Untersuchungshaft in aller Freiheit im Hotel. Eben wurden in Mainz Plünderern, die unter nationalistischer Flagge Geschäfte ausräuberten, mildernde Umstände im weitesten Maße zugebilligt, weil die Verbrecher aus ehrenwerten Motiven gehandelt hätten. Das ist die Justiz der deutschen Republik.

Diese Justiz gegen Kommunisten, die billigten sie alle, vom Hakenkreuz bis zu den Amnestiebetrügern von der SPD.

Wir sind die stärkste der Parteien

Wahlsieg der KPD. in Dieskau

Halle, 5. August. (Eigenbericht.) Am Sonntag, dem 3. August, fand in Dieskau bei Halle die Gemeindevertreterwahl statt. Sie zeitigte folgendes Ergebnis:

Liste 1: KPD.	**290**	**Stimmen**
„ 2: (Bürgerlich)	96	„
„ 3: Renegaten	126	„
„ 4: (Bürgerlich)	77	„

Die **Kommunistische Partei** erhält 5 **Vertreter**, während die anderen Parteien zusammen nur mit 4 Mandaten ins Gemeindeparlament einrücken. Die Sozialdemokraten wagten nicht einmal, eine eigene Liste aufzustellen. Sie hatten alle Hoffnung auf die Renegaten gesetzt, die den kommunistischen Vormarsch aufhalten sollten. Dieses schändliche Manöver ist den Betrügern nicht gelungen. Die Einwohnerschaft hat ein glänzendes Bekenntnis für den **Kommunismus** abgelegt. Dieser Wahlsieg ist ein Auftakt für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Er zeigt, daß die werktätigen Massen an der Seite der **Kommunistischen Partei** stehen. Das Ergebnis ist ein **glänzendes Vorzeichen** für den Wahlsieg der KPD. am 14. September.

Der Massenkampf in Nordfrankreich

Seine Ursachen und sein Charakter

Von unserem Sonderberichterstatter

Lille, 8. August.

Das nordfranzösische Industriegebiet war bisher die stärkste Position der französischen Sozialfaschisten innerhalb der Industriearbeiterschaft. In einer großen Zahl von Städten und Arbeiterorten haben sie die Mehrheit im Gemeindeparlament, und beherrschen den Verwaltungsapparat, so in Lille, Douai, Lens usw. Die sozialfaschistische Führerschicht in diesem Bezirk ist die korrumpierteste, mit dem Kapitalismus am stärksten verwachsene in ganz Frankreich. Wenn trotzdem ihre Position in diesem ungeheuer wichtigen Industriegebiet früher noch nicht entscheidend erschüttert werden konnte, so hat das verschiedene Ursachen.

Einmal gibt es noch Ueberreste des Chauvinismus (das Gebiet war zum größten Teil von den Deutschen besetzt) auch in der Arbeiterschaft, allerdings rasch zusammenschmelzend. Zweitens setzte man das ganze Gebiet sehr stark unter den Druck zurückgebliebener ausländischer Arbeiter. In der Kohlenindustrie allein sind 80 000 polnische Arbeiter beschäftigt, zu einem beträchtlichen Teil aus dem Ruhrgebiet zugewandert, auch heute noch sehr stark unter klerikalem Einfluß. Der Zustrom in den letzten Jahren kam ausschließlich aus den ländlichen Gebieten Polens, während polnische Industriearbeiter systematisch ferngehalten wurden.

Der überragende Einfluß der Sozialfaschisten in der Arbeiterschaft dieses Gebietes war ein gutes Geschäft für die Kapitalisten. Die Löhne z. B. der Metallindustrie liegen fast um die Hälfte unter den Löhnen der Metallarbeiter in Paris. Die Löhne der Textilarbeiter sind wahre Hungerlöhne. Wenn der siegreiche Ausgang des Krieges der französischen Bourgeoisie einen Goldstrom gebracht hat, besonders der Bourgeoisie des Nordens, die Arbeiter haben von diesem Reichtum keinen Hauch verspürt.

Die Quartiere der Arbeiter sind elend und schmutzig, die sanitären Verhältnisse miserabel. Die sozialfaschistische Stadtverwaltung in Lille z. B. hat an den skandalösen Zuständen in den Arbeitervierteln kaum etwas geändert.

Dabei ist die Lebenshaltung in den Städten des nordfranzösischen Industriegebietes keineswegs billiger als in Paris, im Gegenteil. Wie in allen ausgesprochenen Industriegebieten sind die Lebensmittel in ihrer Qualität sehr unter, die Preise über dem Durchschnitt der hochbezahlten Lebensmittel.

Die Sozialfaschisten in der ganzen Welt haben die Einführung der Sozialversicherung nach deutschem Muster (die Beiträge werden zur Hälfte von den Arbeitern, zur anderen Hälfte von den Unternehmern getragen) in Frankreich als einen großen „Sieg der Demokratie und des sozialen Fortschritts" hingestellt. Wie steht es aber mit dieser „Wohltat" für die Arbeiter?

Was verdienen die Arbeiter in diesem dichtbewohnten Industriegebiet? In der Textilindustrie bekommen die jugendlichen Arbeiter (sie bilden in vielen Betrieben die Mehrheit) zwischen 125 bis 150 Franken alle 15 Tage, das sind 21 bis 25 Mark oder 10 bis 12 Mark wöchentlich. Der Lohn der erwachsenen Arbeiter beträgt 280 bis 300 Franken alle 14 Tage, also 23 bis 25 Mark wöchentlich.

In der Metallindustrie betragen die Stundenlöhne 3 bis 3,50 Franken (50 bis 58 Pfennig) für die Ungelernten, 3,50 bis 4,25 Franken (58 bis 75 Pfennig) für die gelernten Arbeiter.

Erstens wurden dem Arbeiter 3½ Prozent seines Lohnes für die Sozialversicherung abgezogen. Zweitens beginnen die Preise aller Waren, lange bevor die Kapitalisten auch nur einen Groschen der „Soziallasten" abgeführt haben, zu steigen, und zwar in einem Tempo, das mit der Höhe der Beiträge nichts zu tun hat. In welchem Maße die Kapitalisten die Einführung der Sozialversicherung zu einer neuen Profitquelle und zu einer neuen Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter machen, das muß selbst der Arbeitsminister Pierre Laval der faschistisch orientierten Regierung Tardieu eingestehen. Er hat am 30. Juli in einer langen Erklärung zu den Kämpfen folgendes gesagt: „Es gibt Unternehmer, die die Preise um einen Prozentsatz erhöhen, der viel höher ist als der Beitrag der Unternehmer und der Arbeiter zusammengenommen, obwohl die Löhne nur einen Teil der Produktionskosten ausmachen."

Dieser Vorgang ist nicht nur für Frankreich, er ist für die Arbeiter aller Länder lehrreich. Er beweist schlagend, daß der „soziale Fortschritt" in der kapitalistischen Welt ein Betrug an den Arbeitern ist.

Die Verteuerung der Lebenshaltung und der gleichzeitige Lohnabzug haben allgemeine Erregung in der französischen Arbeiterschaft hervorgerufen, am stärksten natürlich unter den Arbeiterschichten mit den niedrigsten Elendslöhnen. Die Textilarbeiter hier im Norden Frankreichs können ein Sinken des Reallohnes um vielleicht 5 bis 10 Prozent einfach nicht mehr aushalten; war doch ihr seitheriges Einkommen schon die äußerste Grenze des Existenzminimums. Man muß verstehen, daß die gegenwärtigen Kämpfe einen durchaus elementaren Charakter haben.

Der Massenkampf in Nordfrankreich ist kein ökonomischer Kampf, kein gewöhnlicher Lohnstreik, sondern ein ausgesprochen politischer Kampf gegen die französische Regierung und die französischen Sozialfaschisten, die das Sozialversicherungsgesetz geschaffen haben, er ist eine revolutionäre Durchbruchsschlacht von gewaltiger, auch internationaler Bedeutung. Die Sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben jetzt zwar den Streik in der Textilindustrie sanktioniert, aber nur, um ihm die revolutionäre Spitze abzubrechen, ihn nach Möglichkeit seines Charakters als politischer Massenkampf zu entäußern und ihn möglichst schnell abzuwürgen. Die Kommunistische Partei Frankreichs und die revolutionären Gewerkschaften sind sich der ungeheuren Bedeutung und ihrer geschichtlichen Aufgabe im Kampf der 250 000 bewußt.

Hände weg von Sowjetchina!

Japanische Kriegsschiffe bombardieren das rote Tschangscha

Vor einer gemeinsamen Intervention der Imperialisten — Nanking-Truppen von Roter Armee entwaffnet

Schanghai, 5. August. Der am 2. August um Tschangtscha entbrannte Kampf dauerte mit Unterbrechungen bis zum nächsten Tage an, wobei abends das Bombardement bedeutend verstärkt wurde. Die Kampfergebnisse sind noch unbekannt. Japanische Torpedoboote beteiligten sich aktiv an dem Kampfe, und zwar von ihren Stellungen aus, die sie auf dem Fluß gegenüber dem japanischen Konsulat bezogen hatten. Die Beschießung der roten Truppen eröffnete das japanische Torpedoboot „Kotama".

Wie die Presse meldet, wurden die aus Hankau gegen die im Norden, im Gebiet der Peking—Hankauer Eisenbahn operierende Rote Armee gesandten Truppen von den Roten bei dem Eisenbahnknotenpunkt Sayakan entwaffnet.

Tokio, 4. August. Wie aus Tientsin mitgeteilt wird, erwarten gut unterrichtete ausländische Kreise in den nächsten Tagen eine gemeinsame bewaffnete Intervention der Großmächte in China, vor allem Japans und Englands, zur Unterdrückung der kommunistischen Bewegung im Flußtal des Yangtse.

Vier japanische Torpedoboote erhielten Befehl, unverzüglich nach dem Yangtse abzufahren.

Streik in Kanton

Schanghai, 4. August. (Inprekorr.) Die Kantoner Kohlenschiffer forderten eine Lohnerhöhung für den Kohlentransport von Honkong nach Kanton und erklärten für ihre Forderungen den Streik.

Nach Ablehnung der Forderungen seitens der Kaufleute organisierte der chinesische Seeleuteverband Streikposten, die die Streikbrecher am Streikbruch verhindern.

Zusammenstöße im Streikgebiet

Steinhagel gegen Polizei in Halluin — Verbreiterung der Kampffront

Paris, 5. August. Der Generalstreik in der nordfranzösischen Textilindustrie wird geschlossen durchgeführt. Trotz der Verwirrungsmanöver der Unternehmerverbände, die in 96 Betrieben eine teilweise Lohnerhöhung bewilligten, verbreitert sich die Streikfront. In La Rochelle haben die Bauarbeiter gestern die Arbeit niedergelegt. Amtlich wird zugegeben, daß bis jetzt 2500 Mann kriegsmäßig ausgerüstete Mobilgarde im Streikgebiet stationiert sind.

In Halluin bei Lille, wo die gesamte Arbeiterschaft im Streik verharrt, entwickelten sich gestern blutige Straßenkämpfe. Die Polizei empfing die aus einer kommunistischen Versammlung kommende Arbeiterschaft mit Prügelattacken. Die Arbeiter antworteten mit einem Steinhagel, wodurch mehrere Polizisten verletzt wurden. Eine Frau wurde von einem Pferd umgerissen und verletzt, ein Arbeiter von einem Polizeipferd getreten. Die Zusammenstöße dauerten bis in die späten Abendstunden.

In den Orten Meuin und Langemarck ist es bereits zu schweren Zusammenstößen gekommen. Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen griffen mit Steinwürfen einen Autobus an, in dem die Unternehmer Streikbrecher in die Betriebe transportieren wollten. Zahlreiche Streikbrecher wurden verletzt. Herbeieilende Polizei griff die Streikenden an, worauf diese sich zur Wehr setzten. Die Kämpfe dauerten längere Zeit an.

Sympathiestreik in Belgien

Brüssel, 5. August. In den Textilgebieten nahe der französischen Grenze sind die Arbeiter für Nordfrankreich in den Solidaritätsstreik getreten.

Rettet Aladar Tamas!

Gegen die Verhaftung des ungarischen Schriftstellers Aladar Tamas, die bekanntlich am 27. Juli nach der Herausgabe einer Antikriegsausgabe seiner marxistischen Zeitschrift „100 Prozent" erfolgte, hat sich ein Sturm der Empörung erhoben. Neben zahlreichen Organisationen der Roten Hilfe hat bereits eine Reihe bekannter deutscher Intellektueller ein scharfes Protestschreiben an die ungarische Regierung Bethlen gesandt.

In Gdingen wurde eine Abteilung weibliche Polizei gebildet.

Copyright by Internationaler Arbeiterverlag, Berlin.

31. Fortsetzung

Da sprang Professor Stschepkin auf: „Ich werde es nicht zulassen, daß unser Komitee beleidigt wird. Sie sitzen hier bloß zu Informationszwecken und wagen es jetzt, uns in unserer Arbeit zu stören!"

„Als wir aber durch unsere georgischen Genossen die Pfunde bekamen, haben wir Sie sofort davon informiert."

„Weil das Geld eigentlich für uns bestimmt war und nur zufällig in Ihre Hände gelangte. Beruhigen Sie sich also und stören Sie nicht. Jetzt haben wir keine Zeit zu streiten, wir müssen gemeinsam kämpfen."

„Und unsere Genossen verenden inzwischen in den Gefängnissen."

„Aber beruhigen Sie sich doch endlich. Sie werden schon etwas bekommen. Sie werden bekommen, was wir Ihnen geben und was Ihnen zusteht..."

Ein Giftpfeil wird abgeschossen

Professor Stschepkin begleitete den letzten Sitzungsteilnehmer hinaus und kam dann wieder zu Iwan Petrowitsch ins Zimmer. Dieser lief nervös auf und ab und kniff die Lippen zusammen.

Professor Stschepkin betrachtete den Aufgeregten lächelnd und sagte: „Sie sind viel zu offen und zu stürmisch. Beides ist vom Uebel. Ich habe es bereits gelernt, mit diesen Leuten zu verhandeln, kenne sowohl die Sozialrevolutionäre als auch die Sozialdemokraten."

„Aber wozu brauchen wir diese Leute? Es sind doch nur Schwätzer und sie stören uns. Wir müssen sie hinauswerfen."

„Sie übertreiben ein wenig. Glauben Sie wirklich, daß wir uns mit ihnen abgeben würden, wenn wir sie nicht für unsere Zwecke ausnützen könnten? Die Georgische Regierung ist kein unwichtiger Stützpunkt für uns. Sie hält die Verbindung zwischen uns und England, sie steht auf unserer Seite. Wir würden uns keinen Augenblick halten, ohne die englische Unterstützung und Führung. Diese Narren glauben nämlich, daß die Bolschewiki am Ende ihrer Kräfte sind und wir sehr stark."

„Sie, Herr Panoff, gehören ja zu uns. Ihren Namen kenne ich seit langem. Zu Ihnen kann ich offen sprechen. Unsere Lage ist nicht gerade glänzend. Zur Annahme des Planes, der heute hier entwickelt wurde, haben wir uns keineswegs leichten Herzens entschlossen. Wir sind gezwungen, ihn durchzuführen. Unsere Position ist schwer, trotzdem wir fast die ganze Ukraine in unseren Händen haben und bald vor den Toren Moskaus stehen werden. Die Ukraine ist ein Vulkan unter unseren Füßen. In den Städten herrscht verhältnismäßige Ruhe, weil wir da alle Polizeikräfte konzentriert und die revolutionäre Bewegung durch Pogrome abgelenkt haben. Dagegen stehen wir auf dem flachen Lande sehr schlecht. Wir sind ringsum von wütenden Aufständlern umgeben. Unsere Soldaten können sich in den Dörfern nicht sehen lassen, sie können dort z. B. unter keinen Umständen ruhig übernachten. Wir sind nicht sicher, daß man uns unsere Lager nicht in Brand steckt."

Er sah Iwan Petrowitsch bedrückt an. „Es steht schlimm, sehr schlimm um uns, und das schlimmste ist, daß wir in Moskau, Petrograd und anderen großen Städten nur eine sehr kleine Anhängerschaft haben. Ein großer Teil des Offizierskorps, auch höhere Offiziere und sogar Generäle sind auf die andere Seite übergetreten. Ich brauche Ihnen nur Brussilow und Kuropatkin zu nennen. Sie sind zwar dort keine Generäle und tragen keine Epauletten mehr, aber sie dienen bei ihnen. An der Spitze ihrer Armeen steht ein Grünschnabel, dieser Trottel Sergej Sergejewitsch Kamenew, der bei uns im Generalstab den Türdienst versehen hat. Dieser Rengat, dieser Schuft bedient sich einer Strategie, die, wie General Stankewitsch behauptet, sehr raffiniert ist. Ich befürchte, daß es nicht Panik ist, welche die Roten zum Rückzug gezwungen hat, sondern ein geschickter strategischer Schachzug. Wenn sich das bewahrheiten sollte, dann sind wir militärisch verloren. Darum müssen wir den Aufstand sobald wie möglich machen."

„Wie denken Sie sich das?"

„Die Situation ist die: es scheint mehr als wahrscheinlich, daß die Bolschewiki uns aufs Glatteis führen wollen. Sie vergrößern die Front, sie zerstückeln sie. Das wissen wir. Beim Volk heißt es, daß sie den Rückzug angetreten haben. Dadurch entsteht eine Panik in den kommunistischen Reihen und zuversichtliche Stimmung bei uns. Diese für uns günstige Stimmung müssen wir ausnutzen, bevor es zu spät ist. Wir stehen vor der Alternative, entweder wir oder sie. Es bleibt uns nur der Putsch. Wir müssen unter allen Umständen die Macht erobern. Den Bolschewiki ist es seinerzeit gelungen, mit einem kleinen Häuflein Menschen die Macht an sich zu reißen und sich an der Macht zu halten. Wir müssen dasselbe tun. Mit uns ist ein großer Teil der Intelligenz, die ganze Mittelklasse. Innerhalb der Arbeiterklasse und der Bauernschaft werden wir mit eisernem Besen Ordnung schaffen. Möglicherweise werden wir nur mit den Arbeitern Schwierigkeiten haben, denn die Bauernschaft wird sich wahrscheinlich jeder Herrschaftsform unterwerfen. Sie hat unserem Zaren die Treue gehalten, sie wird auch zu uns stehen. Der Umsturz ist jetzt die Hauptsache."

Iwan Petrowitsch war erschüttert. Er hatte Stschepkin aufmerksam zugehört und antwortete jetzt: „Bei uns gibt es keine Idealisten, das ist das Unglück. Jeder ist nur darauf bedacht, das Seinige wiederzubekommen. Das habe ich auch in Pensa erlebt. Die Gräfin Jewgenjewa jammerte über ihren ‚erloschenen Herd' und ihren geraubten Schmuck."

„Nun, das ist nicht einmal so schlimm. Das Motiv ist uns gleich, die Hauptsache, sie sind aktiv. Schlimmer ist, daß ein großer Teil sich den Bolschewiki zur Verfügung gestellt hat. Man hat ihnen Posten gegeben, und sie haben sich abgefunden."

„Das ist ja gerade das Unglück. Es gibt in unseren Reihen keinen Idealismus mehr, keine Liebe zum Volk. Im sibirischen Zentrum habe ich sie alle gesehen, habe gesehen, wie sie sich bestechen ließen, wie sie in Suff und Hurerei ihre Tage und Nächte verbrachten."

„Wir müssen nur die Macht in unsere Hände bekommen, dann wird alles gut. Rußland hat ein schweres Los, unser armes geliebtes Rußland!" Rußland muß einen Selbstherrscher haben, das haben wir konstitutionellen Demokraten vorausgesehen. Wir haben uns sogar unter der Peitsche der losgelassenen Sklaven in den Februartagen von der konstitutionellen Monarchie nicht losgesagt. Jetzt liegt es auf der Hand, daß Rußland ohne die Monarchie nicht existieren kann. Es ist klar, daß um d[illegible] noch ein Kampf entbrennen wird zwischen Nikola[illegible]jewitsch, Michail Alexandrowitsch und Kyrill Wladimi[illegible]."

(Fortsetzung folgt)

Rund um den Erdball

Die Mainzer „Patrioten" vor Gericht

Plünderer finden milde Richter

Mildernde Umstände für die Werkzeuge nationalistischer Drahtzieher
Die Femezentrale selbst bleibt unangetastet

Mainz, 4. August. Vor dem Mainzer Schöffengericht fand heute die Hauptverhandlung gegen sieben Angeklagte statt, die in der Nacht vom 2. zum 3. Juli an den Ueberfällen auf angebliche Separatisten beteiligt waren. Die Feststellung der Personalien ergab, daß sechs von den sieben wegen Eigentumsdelikten und Gewalttätigkeiten zum Teil schwer vorbestraft sind. Der Hauptangeklagte hatte sich an den Tumulten nur beteiligt, um zu plündern. Er wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Die anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von drei bis neun Monaten.

Ein Angeklagter, der Zigarren und Zigaretten, die aus einem zerstörten Geschäft herausgeworfen waren, aufgehoben hatte, erhielt wegen Fundunterschlagung 20 Mark Geldstrafe. Bei einem Angeklagten wurde die Verhandlung zur Untersuchung seines Geisteszustandes ausgesetzt.

In dem Urteil wird erklärt,

daß sämtlichen Angeklagten mildernde Umstände in weitgehendem Maße zugebilligt werden müßten, weil die Tatmotive Haß gegen ehemalige Separatisten gewesen seien.

Es wäre falsch, in den in Mainz Abgeurteilten die Schuldigen an den Ueberfällen auf angebliche Separatisten zu sehen. Die hier in die Hände der Polizei gerieten, waren nur Werkzeuge der faschistischen Femeorganisation. Herr Waentig wird ihnen dankbar sein, daß ihre Taten den billigen Vorwand lieferten, mehr Polizei, als es die Haager Vereinbarungen zulassen, an den „befreiten" Rhein zu schicken.

Macdonald bei den Bajuwaren und Oberammergauer

S. M. des englischen Königs untertänigster Ministerlakai und Leuchte der II. Kriegstreiber-Internationale, der „Sozialist" Macdonald hat am Montag die Sehenswürdigkeiten Oberammergaus besichtigt und sich angeregt mit den bärtigen Jesusgestalten der christlich-kitschigen Mimen unterhalten. Allgemein ist es aufgefallen, daß Macdonald den Schauspieler, der in den Passionspielen den Judas Ischariot zu spielen hat, hartnäckig übersah. Böse Zungen behaupten, daß es mit Absicht geschah. Macdonald wollte eben nicht an seine eigene Verräterrolle erinnert werden! Unser Bild zeigt Macdonald nebst Tochter bei einem Empfang.

Plattengewäsch über die italienische Erdbeben-Katastrophe

„Gott zürnt den kurzen Röcken"

Die moderne Frauenmode als letzte Ursache aller Katastrophen und Unglücke — Wie lange lassen sich noch Arbeiter von diesen klerikalen Rattenfängern nasführen?

München, 5. August. Nachdem sich die von der furchtbaren Erdbebenkatastrophe betroffene italienische Bevölkerung von ihrem ersten Schrecken erholt hat, treten auch die unvermeidlichen katholischen Rattenfänger auf den Plan, um ihr öliges Geschwätz über die Ursachen der Katastrophen den staunenden Gläubigen zu übermitteln.

Und zwar hat sich nunmehr der Erzbischofkardinal Schuster von Mailand geäußert, daß die Schuld an der folgenschweren Katastrophe, der über 5000 Menschen zum Opfer gefallen sind, ausschließlich in der — modernen Frauenmode zu suchen sei, die der „himmlische Vater" auf den Tod nicht ausstehen könne. Wörtlich salbadert dieser Rattenfänger über die Katastrophe:

„Die Kirche spricht in ihrer Liturgie von Erdbeben als von einer Züchtigung, die von der gütigen Hand des himmlischen Vaters gehandhabt wird, der die Sünder straft, daß sie sich bessern."

Nach dieser demagogischen Glanzleistung wettert Kardinal Schuster gegen die kurzen Röcke, gegen die der „himmlische Vater" jetzt zur Züchtigung der Menschen das Erdbeben gesandt habe.

Diese Demagogie der christlichen Volksverdummer scheint selbst der faschistischen Presse zu dick aufgetragen. In der Angst, die italienischen Gläubigen könnten durch dies heuchlerische Gesabbel für alle Zeit vom Religionsopium die Nase voll haben, schwingt sich die faschistische Zeitung „Popolo di Roma" zu folgender Polemik gegen die frühmittelalterlichen Ansichten der Stellvertreter Gottes auf:

„Also Gott, der himmlische Vater, schickt das Erdbeben, das zerstört und tötet, als eine von seiner gütigen Hand gehandhabte Züchtigung, als ein Besserungsmittel gegen eine unzüchtige Mode, als eine Strafe gegen die Ärgernisse der Welt. Um das annehmbar zu machen, müßte vor allem erst einmal nachgewiesen werden, daß unser so oft und hart heimgesuchtes Land das unanständigste und unmoralischste der Welt ist. Wenn wir diese Verknüpfung von Frauenmode, Zorn Gottes und Erdbeben uns zu eigen machen wollen, müßten wir an einen Gott denken, der, um die Mädchenkleider um zehn Zentimeter länger zu machen, keine Bedenken trüge, Tausende und aber Tausende zu töten. Dies widerstrebt noch vor unserem katholischen Glauben unserer menschlichen Vernunft."

Wenn sogar die reaktionäre faschistische Presse in solcher scharfen Weise auf die vorsintflutlichen Heucheleien der Kirchendemagogen reagieren muß, so ist das ein untrüglicher Beweis dafür, daß die Kirche mit dieser „Lösung" der Schuldfrage selbst in den Reihen ihrer blindesten Gläubiger immer mehr auf Hohngelächter und schärfsten Widerstand stößt.

Jawohl, in Italien schickt Gott die Erdbeben und im Ruhrgebiet und in Schlesien schickt seine „gütig strafende Hand" Gruben- und Ueberschwemmungskatastrophen ohne Zahl.

Und warum? Die Pfaffen pfeifen es von den Kanzeln: Weil die Frauenröcke zehn Zentimeter zu kurz sind!

Uebrigens, was hat aber nun der „himmlische Vater" mit dem Brückeneinsturz in Koblenz bezweckt? War es auch Absicht Gottes, die zum nationalistischen Hindenburg-Rummel aufmarschierenden, zum größten Teil stramm katholischen Kleinbürger zu strafen? Solche Fragen sollte man allen katholischen Arbeitern stellen. Sie unaufhörlich darauf hinweisen, daß sie von heuchlerischen Demagogen im Interesse des Kapitalismus im finsteren Aberglauben gehalten werden.

Brückeneinsturz bei Locarno

Die im Bau befindliche Eisenbetonbrücke über die Maggia bei Locarno, deren Fundamente durch die Regengüsse und das Hochwasser in den letzten Wochen unterspült wurde, ist größtenteils eingestürzt. Monatelange Arbeit ist durch die Natur zunichte gemacht. Unser Bild zeigt einen Teil der eingestürzten Brücke.

Erste schienenlose Straßenbahn

In Düsseldorf wurde vor kurzem die erste schienenlose Straßenbahn Deutschlands in Betrieb genommen. Die drehbaren Stromabnehmer erlauben ein Ausweichen nach beiden Seiten um je 4 Meter. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 40 Kilometer.

Die Erdbebenkatastrophe am Kaspischen Meer

Falsche Alarmmeldungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse

Berlin, 5. August. Die von sozialdemokratischen und bürgerlichen Zeitungen gebrachte Meldung über angeblich 500 Tote und 4000 Verletzte im Erdbebengebiet am Kaspischen Meer treffen glücklicherweise nicht zu. Nach Meldung der Sowjetunion sind diese aus durchsichtigen Gründen angegebenen hohen Zahlen schon aus dem Grunde unglaubwürdig, da das in Frage kommende Transkaspische Gebiet nördlich der Halbinsel Mangischlak nur dünn bevölkert ist. Hier halten sich vor allem nomadisierende Kirgisen auf.

Schwere Pilzvergiftung in Pillau

Vier Todesopfer, sieben Schwererkrankte

Pillau, 5. August. Hier ist eine Familie und deren Bekannte nach dem Genuß von Pilzen, die man auf einem Spaziergang gesammelt und als eßbar angesehen hatte, teils gestorben, teils schwer erkrankt. Obgleich sofort ärztliche Hilfe herbeigeholt wurde, starben der Mann, die Frau, die Tochter sowie eine Verwandte. Sieben weitere Personen erkrankten ebenfalls unter Vergiftungserscheinungen. Wie ärztlich festgestellt wird, befanden sich unter den Pilzen einige Knollenblätterpilze.

Kinobrand in Brasilien

Zwei Kinder getötet, dreiundzwanzig schwer verletzt

Neuyork, 5. August. Wie aus San Paulo, Brasilien, gemeldet wird, entstand dort plötzlich in einem Lichtspieltheater ein Riesenfeuer, das sich mit unheimlicher Snelligkeit ausbreitete. Im Augenblick der Katastrophe war das Theater von Hunderten von Schulkindern besucht. Durch die entstehende wilde Panik wurden zwei Kinder buchstäblich totgetreten und dreiundzwanzig mehr oder weniger schwer verletzt.

Syphilisübertragung durch Ungeziefer

Während man bisher allgemein annahm, daß Syphilis, die Geißel der Menschheit, nur durch körperliche Berührung übertragbar sei, wird jetzt in einer medizinischen Zeitschrift eine Untersuchung veröffentlicht, wonach auch durch Ungeziefer, besonders Wanzen, Syphilis übertragen werden kann. Es gelang dem Forscher, noch vier Stunden nach dem Saugakt der Wanzen in ihrem Körper und in ihren Ausscheidungen Syphiliserreger einwandfrei nachzuweisen.

Vorsicht mit Rattengift!

In einer Ortschaft bei Montpellier in Frankreich fanden mehrere Kinder auf der Straße ein Paket mit schwarzem Getreide. Neugierig, wie Kinder sind, nahmen sie einige Körner in den Mund. Wenige Stunden später stellten sich bei allen Magenschmerzen ein, die so zunahmen, daß neun Kinder ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Die Untersuchung des schwarzen Getreides ergab, daß es mit Rattengift getränkt war. Sämtliche neun Kinder befinden sich in Lebensgefahr.

Tödlicher Fall von Kinderlähmung bei Trier

Nachdem vor einiger Zeit im Kreise Saarburg insgesamt vier Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten waren, wird nunmehr aus dem Ort Pfalzel bei Trier ein Todesfall an spinaler Kinderlähmung gemeldet. Ein vierjähriges Kind ist dort unter Lähmungserscheinungen gestorben.

Bootsunglück auf der Mosel

Sonnabend nachmittag kenterte auf der Mosel zwischen Briedel und Zell ein Boot infolge des hohen Wellenganges. Von den sechs Insassen ertranken zwei, deren Leichen geborgen werden konnten.

Der „linke" Stadtrat Schramm treibt die bürgerlichen Direktoren der städtischen Werke zum Lohnabbau an

Schärfster Cliquenkampf in der SPD.

—as. Die „Volkswacht" hat bei früheren Gelegenheiten behauptet, daß wir unsere Informationen über die Zustände in der Breslauer SPD. von „bezahlten Subjekten", die sich angeblich in unserem Auftrage in die Versammlungen einschlichen, hätten. Wir haben seinerzeit das Verleumderische dieser Behauptung bereits zurückgewiesen und dabei festgestellt, daß es zwei Arten Materiallieferanten für die „Arbeiter-Zeitung" gibt:

Auf der einen Seite die ehrlich über die sozialdemokratischen Schandtaten empörten SPD.-Arbeiter, und auf der anderen Seite — mit die führendsten Leute aus der Breslauer SPD.

Diese Tatsache ist eine Folge des erbitterten Cliquenkampfes innerhalb der SPD. Bald kommen die sogenannten „linken" Phraseure zu uns gelaufen, bald die offenen rechten. Wir amüsieren uns selbstverständlich köstlich über diesen bezeichnenden Zustand in der völkerbefreienden einigen Sozialdemokratie und haben unseren größten Spaß daran, wenn in den sozialdemokratischen Versammlungen die eine Gruppe gegen die andere aufsteht und sich gegenseitig im Brustton ehrlicher Entrüstung vorwirft, „Zuträger" der „Arbeiter-Zeitung" zu sein...

Um nicht mißverstanden zu werden: dieser gegenseitige Kampf hat mit politischen Meinungsverschiedenheiten auch nicht das geringste zu tun. Er ist nichts weiter, als ein Ausdruck des gegenseitigen Neides um die Futterkrippe, des Hasses, weil der eine den anderen verdrängt hat.

Wir sind heute wiederum in der Lage, einen erneuten Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung zu liefern. Und zwar handelt es sich um den „linken" Stadtrat Schramm. Das ist bekanntlich jener Herr, der vor genau einer Woche ein äußerst „linkes" und radikales „Klassenkampfprogramm" aufstellte, auf das die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gewissermaßen vereidigt werden sollten und in dem es nur so von Forderungen wie „Schutz der Arbeitskraft", „Besserung der Lage des Arbeiters" wimmelte. Das ist die Seite der Tätigkeit des Herrn Schramm, die für die leichtgläubigen sozialdemokratischen Arbeiter bestimmt ist. Die andere Seite der Tätigkeit des Herrn Schramm sieht so aus:

Da setzt sich dieser Herr, der als Stadtrat das Arbeiterdezernat im Magistrat innehat hin und schreibt an die bürgerlichen Direktoren der Städtischen Betriebswerke einen Brief, in dem er von diesen verlangt, alle Zulagen an die städtischen Arbeiter abzubauen, was bis zu 28 Pfennig Stundenlohnherabsetzung bedeuten würde. Eine feine Anordnung. So brutal sind selbst die Mansfeld- und Nordwestunternehmer kaum gewesen.

Auf irgendeinem Umwege erfuhren die Schramm feindgesinnten sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen, die sich durch ihn verdrängt fühlen, von dessen Rundschreiben. Und was tun sie? Einige setzen sich hin und beschließen — die Sache der „Arbeiter-Zeitung" zu berichten. Und so flatterte vorgestern der untenstehende Brief in unsere Redaktion. Der Schreiber war mutig genug, seinen Namen nicht zu nennen. Also einige Ermittlungen angestellt, und wir bekommen heraus,

daß der Schreiber des Briefes einer der prominentesten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ist.

Aber da wir „Wilden" nun einmal bessere Menschen sind, wollen wir das Redaktionsgeheimnis bewahren und seinen Namen verschweigen. Daß wir seinen Brief veröffentlichen, dagegen wird der Brave wohl nichts haben, denn zu diesem Zweck hat er ihn uns ja zugeschickt. Wenn er sich auch nicht denken konnte, daß wir so bald das „Geheimnis", mit dem er seine Person umgab, lüften würden.) Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Der Zufall verschafft uns Kenntnis von einem geheimen Rundschreiben, das der Arbeiterdezernent des hiesigen Magistrats, der revolutionäre „Sozialist" Schramm, den gut bürgerlichen Direktoren der Städtischen Gas- und Wasserwerke zugesandt hat. Es besteht ein Reichsarbeitgeberverband, der einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, zu dem auch Breslau gehört. Als Ergänzung zu diesem Vertrage sind auch dann Lohnsätze in Breslau vereinbart, die so einigermaßen mit denen in der Breslauer Industrie gleich sind. Aus dem vertraulichen Rundschreiben sehen wir nun, daß diese Kapitalisten und ihre Knechte

Waisenknaben sind gegen einen Sozialdemokraten, (! Red. d. AZ.)

der nach jahrelangem Kampf und Reklamegeschrei sich endlich in eine gutbürgerliche Stellung hineingerettet hat. Der Herr Schramm, der oft einen guten Eindruck auf die Arbeiterschaft gemacht hat, weil er das Bonzenpack scharf angriff, hat es ja endlich so weit geschafft, daß er beinahe 2000 Mark Gehalt pro Monat bekommt. Und jetzt plötzlich hat dieser schärfste aller sozialistischen Phrasenhelden plötzlich seinen ganzen revolutionären Elan und seinen ganzen Klassenhaß gegen die Bourgeois vergessen.

Er schreibt in einem vertraulichen Rundschreiben an die Direktoren, sie sollen ihren Arbeitern unter Bruch der bestehenden Verträge die Gehälter abbauen, und zwar will er kürzen bis zu 25 Pfg. in der Stunde.

In dem Rundschreiben heißt es wörtlich: „Damit würde eine starke Entlastung der städtischen Betriebe herbeigeführt", d. h. also, man kann noch mehr Geld aus den Betriebswerken herauswirtschaften, um die Amtsbürger vor erhöhten Steuern in Schutz zu nehmen. In dem Rundschreiben heißt es auch wieder wörtlich:

„Diese Kürzung bedeutet zwar eine Härte und Lohnverminderung, die ist aber, um zu dem gewünschten Ziele zu kommen, nicht zu umgehen."

Herr Schramm, der alte und seit langem als Demagoge bekannte Fuchs, verhöhnt dann noch die städtische Arbeiterschaft, indem er darauf hinweist, daß dann die Löhne bedeutend leichter zu errechnen (!) sind. Herr Schramm betont auch, daß die Löhne in der gleichen Höhe festgesetzt werden sollen, wie sie im Reichsarbeitgeberverband und im Bezirksarbeitgeberverband üblich sind.

Wir fragen hiermit die Arbeiterschaft in aller Oeffentlichkeit: Wie unheimlich blöde sind doch die Arbeiter in der SPD., wenn sie diesen Schreier und dieses ewig neidische Großmaul zu ihrem Liebling erkoren haben. Wie weit müssen die Verhältnisse in der SPD. schon gediehen sein, wenn man eine solche Großfresse (!) als den einzig geeigneten Kandidaten für den Posten eines Stadtrates vorschlagen konnte. Kaum, daß das Großmaul, das sich stets revolutionär nannte, auf einem festen Posten sitzt,

hat der gute Herr das vergessen, was er so oft den Arbeitern reklamehaft entgegengeschrien hat: „Ich bin auch ein Proletarier, ich bin ein Arbeiter und ich fühle mit euch!"

Prost Mahlzeit, Herr Schramm, Ihnen scheint es jetzt so gut zu gehen, daß diese Gefühle bei Ihnen schon in den ersten sechs Monaten ihrer Amtstätigkeit verlorengegangen sind. Ich hoffe aber, daß auch den größten Schleichern und schlappesten Gesellen in der SPD. jetzt endlich diese Heuchelei zuviel wird, und daß man ihnen bei der nächsten Gelegenheit so den Marsch blasen wird, daß sie für einige Zeit darauf verzichten werden, sich der „linke Flügelmann" und das „Gewissen der SPD." zu nennen."

Das Gegenrundschreiben Wiersichs

Der Gegensatz zwischen Schramm und Wiersich ist bekannt. Er hat u. a. dazu geführt, daß Wiersich sein Stadtverordnetenmandat niederlegte. Auch Herr Wiersich erfuhr von dem Rundschreiben Schramms und beantwortete dasselbe mit einem Gegenrundschreiben, über das wir wieder von einem anderen der „einigen" sozialdemokratischen Brüder unterrichtet worden sind. Wiersich behauptet in diesem Rundschreiben, daß Schramm angewiesen hat, „Funktionszulagen aller Art bis zu 50 Prozent herabzusetzen und auch die Löhne der qualifizierten Arbeiter bis zu 28 Pfennig abzubauen." Mit der Wiersich im Cliquenkampf eigenen Demagogie „prangert" er das Vorgehen Schramms an, das er „verwerflich" findet.

Ebenso hat der Gesamtverband, d. h. der frühere Staats- und Gemeindearbeiterverband, der unter der Leitung von Blank steht, zu dessen Rundschreiben Stellung genommen. Sogar diese Leute müssen feststellen, daß zwar der Lohntarif, aber nicht der Reichsmanteltarif abläuft, in dem die Zulagen verankert sind,

so daß also des „revolutionären Sozialisten" Schramm Vorgehen ein Tarifbruch gegen die Arbeiterschaft ist.

Der Gesamtverband erklärt die Lohnherabsetzung ebenfalls für „verwerflich" und „behalte sich weitere Schritte" gegen Schramm vor. In dem Rundschreiben der Gewerkschaftsbonzen heißt es dann noch, „das, was der verstorbene Stadtrat Neukirch aufgebaut habe, werde von Schramm restlos zerschlagen." (Siehe auch erste Seite Hauptblatt.)

Ziegler fürchtet um sein Mandat

„Der Parteivorstand wird schon Mache und Seppel wieder aufstellen"

Unsere „Verbindungen" mit der SPD. funktionieren wieder einmal ganz ausgezeichnet. Diese Tatsache wird besonders unangenehm der „Volkswacht" sein, weiß sie doch jetzt nie, was sie zu unseren konkreten, durch Material belegten Enthüllungen sagen soll.

Als Neuestes wird uns ein Gespräch Zieglers, des Metallarbeiterbonzen und frischgebackenen sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, mitgeteilt, das er dieser Tage führte und in dem er folgendes sagte:

„Wenn Du denkst, daß unsere Reichstagskandidatur schon gesichert ist, irrst Du Dich. Die Vertreterversammlung hat das zwar so beschlossen, aber ich bin sicher, daß der Parteivorstand doch noch den Mache und den Seppel (die bekanntlich abgesägten) bisherigen Reichstagsabgeordneten, Red. d. „A.-Z.") wieder aufstellen wird.

Wir haben ja bereits dargelegt, daß zwischen den neuen „linken" Reichstagskandidaten und den bisherigen absolut kein Unterschied ist. Personell interessiert uns also diese Frage gar nicht. Aber immerhin sind Zieglers Worte eine treffende Widerlegung jener Phrase, die die Sozialdemokraten immer wieder gebrauchen: daß nämlich in ihrer Partei „Demokratie" herrsche und „die Mitglieder die Politik zu bestimmen" hätten. Die Mitglieder, die zu einem Teil noch leichtgläubig der irrigen Meinung sind, daß es an den Personen liege, wenn die SPD. eine solch verräterische Politik mache, und die deshalb den linken Maulhelden noch nachlaufen, haben für die Kandidatur der Ziegler-Pietsch gestimmt. Doch danach werden sie nicht gefragt, sondern Ziegler sagt es selbst: der Parteivorstand bestimmt. Es ist nun durchaus möglich, daß der Parteivorstand es für zweckmäßiger hält, um die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter abzulenken, die „linken" Kandidaten zu bestätigen. Das würde nur ein erneuter Beweis der Richtigkeit unserer Behauptungen sein, daß zwischen den Rechten und Linken in ihren Taten kein Unterschied ist.

Geändert wird dadurch an der Tatsache, daß die endgültige Kandidatenaufstellung abhängig ist von dem Willen des Parteivorstandes, nichts. Und das wollten wir einmal feststellen und durch einen in diesem Punkt gewiß zweifelsfreien Zeugen wie Ziegler bestätigen lassen.

„Nein, so was in Breslau!"

jammerte Papst Pius X., als er gestern telegraphisch über die Absicht des Fürstbischofs Bartrem, sich am „Volksfest der Ifa" zu beteiligen, informiert wurde. Pius überlegt sich gegenwärtig, ob er nun gegen Bartrem den Bannfluch schleudern oder gute Miene zum „bösen Spiel" machen und sich ebenfalls beteiligen soll. Die Ifa-Truppe „Fanal" verhandelt jedenfalls bereits mit Pius, um ihn bei ihrem Roten Kabarett-Programm vorführen zu können. Dadurch ist ein neuer Anziehungspunkt zum Besuch des Volksfestes gegeben. Zusammen mit den übrigen Teilen des großen Programms: Spiele der Arbeitersportler — Darbietungen der Schwerathleten — Wettkämpfe der Arbeiterschützen — Preisschießen — Glücksrad — Ballonaufsteigen — Kinderunterhaltung — Gartenkonzert (drei Kapellen!) — Rotes Kabarett (zwei Vorstellungen) — Feuerwerk — Fackelzug — Tanz — muß das alles Veranlassung sein, in Massen am Sonntag, spätestens 15 Uhr, im Sportparkrestaurant Guhl, Gandauer Straße, zu sein. Eintrittskarten zu 40 Pfennig (nur im Vorverkauf), sonst 50 Pfennig, sind noch zu haben. Kinder 15 Pfennig.

Ueber die Werbe-Platzkonzerte am Sonnabend, den geschlossenen Anmarsch im Westen und die Autoanfahrt in den übrigen Stadtteilen beachte morgige Notiz.

Auf dem Komposthaufen gelandet

Einer der übelsten Freibeuter des sogenannten Journalismus ist Max Gruschwitz, der Herausgeber der „Tribüne". Dieser Bursche, vor dem man sich sogar hüten muß, selbst wenn man ihn mit der Feuerzange anfaßt, hat in der letzten Nummer seiner „Zeitung" wieder einmal erneut bewiesen, welch erbärmlicher Charakterlosigkeit derartige Kreaturen fähig sind. Nachdem er in den letzten Jahren immer wieder in bestimmten Zeitabständen, der jeweiligen Konjunktur sich anpassend, seine „politische Gesinnung" änderte, ist er jetzt endlich bei den Nazis gelandet, deren Wahl er, der Jude (!), empfiehlt. Wir sind mit einer derartigen Entwicklung durchaus einverstanden. Solche Burschen gehören zu den Nazis. Sie sind dadurch unfreiwillige Helfer bei unserem Bestreben, jene irregeführten Nachläufer dieser Partei über deren wahres Wesen aufzuklären, das u. a. darin besteht, das Sammelbecken aller Korruptionisten, ewigen Kriegs- und Inflationsschieber, Abenteurer und sonstigen niederträchtigen Packs zu sein. Immer hinein in den Nazi-Laden! Der Gestank, den solche Kadaver mitbringen, führt um so eher dazu, diesen Komposthaufen der politischen Entwicklung in den notwendigen Verruf zu bringen.

Büdo Metallputz der unübertroffene

Ferienkind aus dem Zuge gestürzt

Auf der Durchfahrt eines Ferienkinder-Sonderzuges stürzte gestern mittag in der Nähe des Bahnhofes Deutsch-Lissa der neunjährige Schüler Georg Jorgal aus Berlin-Weißensee aus dem fahrenden Zuge. Durch den Sturz erlitt der Schüler einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen er in der Nacht im Allerheiligenhospital verstorben ist. Der Feriensonderzug sollte die Kinder wieder nach Berlin schaffen. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, hat sich der verunglückte Schüler mit noch anderen Kindern an dem Verschluß der Abteiltür zu schaffen gemacht.

Morgen Mittwoch öffentliche Sportlerversammlung

20 Uhr in der „Wratislawia", Mauritiusplatz 4. Thema: Stellungnahme zu den Spaltungsdrohungen. Sportgenossen und -genossinnen, erscheint zahlreich! Es geht euch alle an! Eintritt frei!

Ueberfallen und beraubt

wurde am Montag in Sachwitz der Schneidermeister Georg M. aus der Lohestraße. Auf der Rückfahrt nach Breslau erlitt er an seinem Fahrrade einen Reifenschaden, worauf er nach Sachwitz zurückkehrte. Als er den Hofraum eines Gasthauses betrat, wurde er von vier bis fünf jungen Leuten angesprochen. Es entstand ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Schneidermeister mit einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen, gewürgt und schließlich zur Erde geworfen wurde, wo man ihn liegen ließ. Aus seiner Tasche sind ihm hierbei abhanden gekommen: eine schwarze Lederbrieftasche mit verschiedenen Papieren und 32,60 Mark Bargeld, eine braune Geldtasche mit einer Mark Kleingeld, ein Taschenmesser. Am nächsten Morgen erst fanden Arbeiter den Ueberfallenen.

Nach dem 1. August

muß jeder Ortsgruppenleiter sich überzeugen, ob der Agitpropabteilung der Bezirksleitung alles zur Antikriegskampagne herausgegebene Material zugestellt ist. Holt Versäumtes sofort nach!

Zirkus Busch eröffnet!

Bei gutem Besuch wurde gestern das Gastspiel des Zirkus Josef Busch auf dem Johannisfestgelände gegenüber der Jahrhunderthalle eröffnet. In über drei Stunden wurde ein reichhaltiges Programm abgewickelt, in dem alle Gebiete zirzensischer Kunst ausgezeichnete Verkörperung fanden. Besonders erwähnenswert sind die Chinesentruppe, die akrobatischen Hunde, die fliegende Luftrecktruppe, Charles Jack, der Mann mit dem tausendfachen Gleichgewicht, und nicht zuletzt die Clowns. Besondere Erwähnung verdient die große Wasserrevue. Der Besuch des Zirkus, der nur zu einem kurzen Gastspiel hier ist, kann sehr empfohlen werden.

Nachmachen!

Der Bauarbeiter W. auf der Baustelle Hubert-Janke in Pilsnitz bei Breslau hat binnen kurzer Zeit 6,35 Mark für die Mansfelder Kämpfer gesammelt und setzt seine Sammlung fort. Wir fordern alle Proletarier auf, dem Beispiel zu folgen.

Waldenburger Bergland

Kurzarbeit und Ueberstunden in der Karlshütte

A. K. Die Kapitalistenklasse hält ihr „Allerheiligstes" — den Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung — mit Zähnen und Nägeln fest. Die Nutznießer versuchen nicht nur den Arbeiter wie eine Zitrone auszupressen, sondern ihn auch moralisch zu zertreten, die sozialen Einrichtungen zu mißbrauchen, um ihn an der Befreiung von seiner eigenen Kette nicht arbeiten zu lassen. Zum Kampf für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen „Ordnung" greift die Bourgeoisie zu den unerhörtesten Methoden. Eine solche ist die Nationalisierung. Die Frage der Rationalisierung ist in der Karlshütte akut geworden. In kurzfristigen Abständen sind Kündigungen wegen „Arbeitsmangels" erfolgt. Von seiten der Betriebsräte und Gewerkschaftsbürokraten sind bis heute noch keine Maßnahmen ergriffen worden. Man muß feststellen, daß auf der einen Seite Kurzarbeit und auf der anderen Seite die Ueberstundenschieberei besteht. Von dem letzteren will der Betriebsratsvorsitzende Knospe (SPD.) nichts wissen. Kollege Knospe, ist es wahr, daß die Kolonne Pietsch in einer Woche bis 90 Stunden gearbeitet haben soll? Welche Maßnahmen sind auf Montage getroffen worden?

Kollegen der Karlshütte, die heutige Taktik der Gewerkschaften und der SPD. führt dazu, daß das Arbeitslosenheer keine vorübergehende Erscheinung ist. Es hat sich bis jetzt gezeigt, daß sie Diener und Lakaien der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geworden sind. Die RGO., verbunden mit der KPD., zeigt euch den richtigen Weg zum Sozialismus. Darum stimmt bei der Wahl für die Liste 4.

Stinkende Wetter . . .

Die deutschnationale „Schlesische Zeitung" veröffentlichte gestern im Breslauer lokalen Teil folgende Notiz:

„Noch kein Monat ist vergangen seit dem entsetzlichen Grubenunglück von Hausdorf, dem 151 Bergleute zum Opfer fielen. Die „Schlesische Zeitung" hat versucht, ihren Lesern ein eindrucksvolles Bild von der drückenden Not zu geben, die auf den Menschen dieses Teiles unserer schlesischen Heimat lastet, und ihre Bitte um Hilfe für die Angehörigen der beklagenswerten Opfer ist nicht ungehört verhallt; zu vielen Hunderten haben unsere Leser, arme und reiche, nach besten Kräften geholfen und ein erhebendes Zeugnis wahrer Volksverbundenheit abgelegt. Aber es gilt weiter zu helfen, die fürchterliche Katastrophe darf nicht vergessen werden, und soweit es in unseren Kräften steht, gilt es, die Not der Hinterbliebenen zu mildern. In Gemeinschaft mit dem Kosmos-Theaterbetrieb veranstaltet die „Schlesische Zeitung" am Sonntag, den 10. August, um 11 Uhr vormittags, im Deli-Theater eine Wohltätigkeits-Matinee für das Hilfswerk Neurode. „Schlagende Wetter", ein Film aus dem Bergmannsleben, soll den stets von Gefahren umlauerten Kampf des Menschen unter der Erde eindringlich vor Augen führen. Die gesamten Einnahmen werden nach Abzug der reinen Unkosten dem Hilfswerk Neurode zugeführt. Niemand versäume es, diesen ausgezeichneten Film zu sehen und so gleichzeitig den Hinterbliebenen Hilfe zu bringen."

Schlagende Wetter — Kohlensäure — was verstehen die Herren von der „Schlesischen Zeitung" und von den Kosmos-Theatern davon? Höchstens haben sie etwas gelesen.

Not der Bergarbeiter — was wissen die Junker, die in der „Schlesischen" den Ton angeben, davon? Nichts. Sie sind im Bunde mit den Industriekapitänen bestrebt, diese Not noch zu vergrößern.

Plötzlich Wohltätigkeits-Matinee (Matinee zu deutsch: Morgenveranstaltung)!

Weshalb?

Weil die „Schlesische" aus dem Tode unserer 151 Klassengenossen politisches Kapital schlagen will, weil sie mit dabei sein will — bei der Enthüllung der Barbara-Statue.

Kumpel, du weißt in Schlagwettern und Kohlensäure Bescheid . . . doch nicht minder gefährlich sind die süßlich-stinkenden Wetter, die die kirchlichen und nationalen „Wohltäter" verbreiten.

Hab acht!

Diese Partei darf niemand wählen!

Etwa die Hälfte der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Landkreis Schweidnitz ist Mitglied irgendeines Kriegervereins.

Zwei Drittel der sozialdemokratischen Gemeindevertreter sind noch Mitglied einer Kirchengemeinde.

12 der sozialdemokratischen Gemeindevertreter sind Kirchenvorstandsmitglieder.

So gut wie alle sozialdemokratischen Gemeindefraktionen haben gegen die Erwerbslosenanträge gestimmt.

Der sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokrat Schneider in Saarau erklärt, daß die unorganisierten Erwerbslosen von ihm nicht vertreten werden.

Der stellvertretende sozialdemokratische Landrat Hilbrich äußerte, für einen ausgesteuerten Erwerbslosen genügen sechs Mark pro Monat.

Unterstützungsabbau zerstört die Ehekameradschaft

Wir veröffentlichen die Zuschrift eines Arbeiters aus Zobten, die keines Kommentars bedarf. D. Red.

Am 25. Juni 1930 stellte ich Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung. Dieser Antrag wurde mit der Begründung, daß Hilfsbedürftigkeit im Sinne des Gesetzes nicht vorliegt, da meine Frau monatlich 40 Mark verdient und mein zehnjähriger Stiefsohn monatlich 20 Mark Pflegegeld erhält, vom Fürsorgeausschuß Zobten abgelehnt und dem Kreisfürsorgeverband überwiesen. In dieser zweiten Instanz wurde mir dann eine „Unterstützung" von wöchentlich 2,75 Mark bewilligt. In der Zeit vom 25. Juni bis 20. Juli 1930 beantragte ich außerdem mündlich und schriftlich mit ausführlicher Begründung beim Zobtener Magistrat, mich wenigstens 16 Stunden zu 60 Pfg. pro Woche zu beschäftigen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Im Auftrage der Ausgesteuerten von Zobten einschließlich Stadtteil Gorkau machte ich die „Arbeitervertreter" im Zobtener Stadtparlament nochmals ausdrücklichst darauf aufmerksam, in welch unerhört provokatorischer Weise der Zobtener Magistrat und Fürsorgeausschuß seit Jahren besonders mit den Ausgesteuerten umgeht. Der „Erfolg" dieses Schreibens war bisher allerdings nur der, daß mich die hiesige Kommunalbehörde angeblich der Staatsanwaltschaft übergeben hat, und Bürgermeister Gaiowski für mich überhaupt nicht mehr zu sprechen ist. Als ich am 26. Juli den Letztgenannten in meiner Unterstützungsangelegenheit zu sprechen wünschte, lehnte er es ab, mit mir zu verhandeln. Trotzdem habe ich ihn selbstverständlich in seinem Dienstzimmer aufgesucht und mich mit ihm in entsprechender Weise auseinandergesetzt. Da sich meine Frau auf den sehr richtigen Standpunkt stellt, daß sie und mein Stiefsohn nicht verpflichtet sind, für meinen Lebensunterhalt zu sorgen, wozu sie infolge ihres minimalen Einkommens auch gar nicht in der Lage sind, andererseits ich selbst auch nicht im entferntesten daran denke, das Gnadenbrot von meiner Familie anzunehmen, so haben wir beide gleichzeitig Ehescheidung beantragt. Kreiswohlfahrtsinspektor Süßenbach in Schweidnitz erklärte mir, daß meine Frau verpflichtet sei, für mich zu sorgen, und ich solle gerichtlich Klage gegen sie einreichen. Was ich ihm darauf geantwortet habe, kann sich jeder denken, der in guter Kameradschaft mit seiner Frau lebt . . . So bin ich nun infolge der reaktionären Einstellung der Behörden dem Hungertode ausgeliefert, und auch mein Familienleben wird ruiniert.

Niederschlesien

Görlitz

Die Winzek-Blamage geht weiter

Wir schilderten vor einiger Zeit Winzeks vergeblichen Kampf gegen Kinder, seine Haussuchungen nach Panzerkreuzern und Bombenflugzeugen, und berichteten, daß „Er" in nie abreißendem Siegeszuge seiner 500. Blamage entgegeneilt. Wir hatten die Feder kaum aus der Hand gelegt, und schon ereignete sich eine neue Blamage. Vor einigen Tagen erschienen Winzeks Knapren beim Arbeiter Neulert, Pontestraße 10, und behaupteten, der achtjährige Sohn desselben sei mit einem Gewehr am Fenster gesehen worden. Tatsache ist, daß der betreffende Arbeiter nicht mal eine Zündhütchenpistole besitzt, geschweige denn ein Gewehr. Uns scheint, daß auch hier wieder der bewußte Spaßvogel seine Hand im Spiele hatte, der sich einen Spaß daraus machte, die Polente anzuführen. Nur weiter so, dann winkt bald der bewußte Lorbeerkranz.

Haynau

Vom Kampf der Lederarbeiter

Am Freitag veranstaltete der Lederarbeiterverband nach einwöchiger Aussperrung eine Versammlung der Ausgesperrten. Der Stand der Ausgesperrtenbewegung wurde bekanntgegeben. Außer einer Ermahnung von der Verbandsleitung, „auszuhalten", wurde zur Förderung des Kampfes nichts getan. Die Reformisten hatten andere Sorgen. Sie benutzten diese Versammlung, um für die Sozialdemokraten Wahlpropaganda zu betreiben. Nicht genug damit, mußte man gar noch für den bevorstehenden Verfassungsrummel, der sich wie ein Hohn gegenüber den Ausgesteuerten auswirkt, die Reklametrommel rühren. Zum Schluß ging es nun einmal auch nicht ohne Kommunistenhetze und mußte nun die SPDistel Trescher den nur mangelhaft gelernten Vers gegen die dreimal toten Kommunisten vortragen. Man muß sagen, als Anfänger versteht dieser Bursche sich schon sehr gut aufs Hetzen. Nur möchten wir ihm raten, sich intensiver um die Arbeiterklasse zu kümmern, und wenn er dazu nicht fähig ist, was wir behaupten, so sollen ihn die klassenbewußten Lederarbeiter zum Teufel jagen. Lederarbeiter, Augen auf!

Kotzenau

Arbeiter, Augen auf! Politische Anschläge dürfen am Hüttentor nicht mehr befestigt werden. Lächelnden Gesichts bestätigte das ein hiesiger Betriebsleiter. Arbeiter, wir wissen, daß das nur gegen unsere Bewegung gerichtet ist. Arbeiter, deshalb die Augen auf! Der Hüttenzaun ist lang! Für unsere Anschläge ist in Kotzenau genug Platz vorhanden.

Liegnitz

Die § 218-Guillotine arbeitet

Wegen „Verbrechens" gegen § 218 standen die Ehefrau Hedwig Schlausch aus Johnsdorf und die Witwe Marta Hiller aus Liegnitz vor dem Erweiterten Schöffengericht, das unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte. Frau Schlausch erhielt einen Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist, während Frau Hiller wegen Beihilfe zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Ein 74jähriger als Sittlichkeitsverbrecher

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte das Schöffengericht gegen den 74jährigen Eisenbahnrichtaffner Wilhelm Neumann von hier. Der alte Mann hatte sich, wie die Beweisaufnahme ergab, an Mädchen unter 14 Jahren vergangen und sich in zwei Fällen des vollendeten und in einem Fall des versuchten Sittlichkeitsverbrechens schuldig gemacht. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis, gewährte jedoch Strafaussetzung.

Sammelt für den Wahlkampf!

Hirschberg

Tod durch Opium? Unter eigenartigen Umständen verstarb der Rentenempfänger Franz Dinter von der Greiffenberger Straße im Restaurant „Messingschänke". Er soll in der gegenüberliegenden „Herberge zur Heimat" von einem Gast eine stark opiumhaltige Medizin erhalten haben, die er trank. Die Leiche wurde beschlagnahmt und wird seziert.

Briefkasten

Kohlfurt. Bitte genaue Adresse angeben, da wir nicht in der Lage sind, anonyme Zuschriften zu veröffentlichen.

Mittelschlesien

Abgeschlagener Vorstoß der Bonzen in Peisterwitz

Die Kollegen hinter den gewählten oppositionellen Delegierten

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

In der am Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes Peisterwitz wurde als erster Punkt der Polderbau-Wordaz, das Schmerzenskind des Baugewerksbundes, behandelt. Dieser Unternehmer will erstens möglichst keine Delegierten anerkennen; auch finden bei ihm die meisten Lohnzahlungen Sonnabends statt und werden die Maschinisten von ihm 12 und noch mehr Stunden beschäftigt. Da man dem Herrn Unternehmer nach langem Hin und Her von seiten der Gewerkschaft doch etwas näher rückte, drohte er mit Entlassung von 40 Mann; am Sonnabend kamen bereits 15 dran.

Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung: Sperrung der Gelder zum Ortsausschuß. Wegen der Finanzierung des Delegierten zu dem Oppositionskongreß in Freiburg sprachen sich die Kollegen scharf gegen die Bezirksleitung aus, die nur diktiert und sich bei keiner Mitgliederversammlung sehen läßt. Dann kam es zum Wichtigsten, zum Punkt: Wahl der Delegierten zum Bezirkstage. Die Anträge zum Bundestage, wurde behauptet, sind „von der KPD. ausgearbeitet". Deshalb werden die Delegierten, die bereits gewählt und Anhänger der Opposition sind, nicht anerkannt. Daraufhin gab es eine große Auseinandersetzung.

Die Versammlung lehnte die Wahl von neuen Delegierten ab. Und mit Recht.

Die Delegierten wurden mit Stimmenmehrheit gewählt, darum wählt man auch nicht andere. Denken vielleicht Schmidt und die anderen Bonzen, wir sind Strohpuppen oder Hampelmänner, dann täuschen sie sich. Der Vorsitzende erklärte: Kommt keine Neuwahl zustande, dann werden zwei Delegierte ans Steindorf fahren, was auch zu Peisterwitz gehört. Dieser kleine Mussolini führt prompt die Geschäfte, wie sie Schmidt verlangt, durch. Gesprochen wurde noch über den Kollegen Kollender; dessen Versammlungen liegen den Bonzen heute noch in den Ohren.

Kollegen allerwärts! Wir rufen euch auf zum Kampf gegen diese Sorte von Arbeiterführer, die nur diktieren. Kämpft gemeinsam mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Borganie. Wo sind die Spalter und Quertreiber? Am Sonntag, dem 27. Juli, beging der Radfahrerbund „Solidarität" Ortsgruppe Borganie, eine Bannerweihe. Da dieses der SPD. nicht angenehm war, hörte man schon mehrere Wochen vorher, wenn es doch nur an diesem Tage regnen würde. Dieser Wunsch zeugt in jedem Falle von „Solidaritäts"gefühl. Das Fest war trotz dem Gekläff der Gegner gut gelungen. Die Festrede hielt Genosse Thomas (Breslau). Sportgenosse Galle (Schweidnitz), der anfänglich die Festrede halten sollte, verlangte für diese 5 Mark Entschädigung sowie Bahngeld, was zusammen ungefähr 10 Mark ausgemacht hätte. So sagten sich die Borganier Sportgenossen, ein Redner, der für Geld spricht, redet nicht aus innerer Ueberzeugung, sondern hat seinen finanziellen Nutzen im Auge. Sportgenosse Galle erhielt die Einladung bereits vier Wochen im voraus, sagte jedoch in letzter Minute ab. Genosse Thomas verstand es, den Arbeitersportlern in einer guten Rede den richtigen Weg zu weisen. Die Rede fand ihren Abschluß mit der von der Musikkapelle gespielten „Internationale". Und wenn Krammer (Schweidnitz) sagt, er würde „diesen Fall im Bezirk melden", so erwidern wir ihm, daß wir getrost in die Zukunft schauen können. Es hat sich ja gezeigt, wer die Interessen des Arbeitersports vertritt. Wir wollen uns fest an die Worte des Genossen Thomas halten: Rote Sportler zu sein, als rote Kavallerie zu gelten, als Vortrupp der Arbeiterbewegung.

Arbeitersport

Breslauer Fußball-Gesellschaftsspiele für den 10. August

18,00: VfR. I — VfL. komb., Riemannshöhe, Kühndel
16,00: VfR. II — VfL. II, Riemannshöhe, Winkler (Tasmania)
15,30: Union I — Sil.-Kickers I, Deutsch-Lissa, Neumann
12,15: Union II — Sil.-Kickers II, Deutsch-Lissa, Mende (1928)
10,30: Union III — Sil.-Kickers III, Deutsch-Lissa, Hensel Br.
8,30: Union IV — Sil.-Kickers IV, Deutsch-Lissa, Kühndel
15,00: 1930 I — Trebnitz I, Mariahöfchen, Stiller
13,30: 1930 II — Trebnitz II, Mariahöfchen, Münster
17,15: Stern I — FSV. I, Gräbischen, Rieder
15,30: Stern II — FSV. II, Gräbischen, Streibel K.
10,00: Stern III — FSV. III, Gräbischen, Nelke
18,00: BSC. 28 I — West I, Goldschmieden, Serineck
16,30: BSC. 28 II — West II, Goldschmieden, Kunze
9,30: BSC. 28 III — West III, Goldschmieden, Scheibel K.
17,30: Falke I — Hertha I, Renkirch, Kretschmer
16,00: Falke II — Hertha II, Renkirch, Schädel
16,30: Fr. Sportfreunde II — Wratislawia, Zankholzwiese, Kottwitz
17,00: Südost II — Vorwärts I, Klettendorf, Rasewerk
15,00: Südost III — Vorwärts II, Klettendorf, Stabel
~~17,00: Lanisch I — Fortschritt I b, Lanisch, Kulla~~
17,00: 1921 I — Fortschritt I, Kosel, Jahn
~~15,00: Lanisch I — Fortschritt II, Lanisch, Kulla~~
15,00: Adler I — Bernstadt I, Schwoitsch, Marschall
13,00: Adler II — Bernstadt II, Schwoitsch, Resler (Wacker)

Jugendspiele

15.00: 1928 I — West I, Goldschmieden, Scharf.
11.00: 1928 II — West II, Goldschmieden, Lindner.
9.00: Stern I — FSV. I, Gräbischen, George.
14.00: Union I — Silesia-Kickers I, Deutsch-Lissa, Machner E.
9.00: Stern II — FSV. II, Hardenberg, Baum.
14.30: Fr. Sportfreunde I — Schmolz I, Zankholzwiese, Hecht.
14.30: Hundsfeld I — Trebnitz I, Hundsfeld, Glatz.
14.00: Tasmania I — Sturm I, Riemannshöhe, Jäschke.
13.00: Tasmania II — Sturm II, Riemannshöhe, Jäschke.
12.00: Tasmania III — Sturm III, Riemannshöhe, Stempiewski
14.00: Lanisch I — Fortschritt I, Lanisch, Klein.
9.30: VfL. II — Südost II, Gandau, Runschke (Sil.).
10.00: Sparta I — Rapid I, Schlachthof, Hampel.

Schüler

8.30: 1928 I — West I, Goldschmieden, Verein.
10.00: Stern I — Union I, Hardenberg, Verein.
11.00: Stern II — Union II, Hardenberg, Verein.
10.00: 1921 I — VfL. I, Kosel, Verein.
9.00: Sparta I — Rapid I, Schlachthof, Verein.

Gesellschaftsspiele:

~~14,00: Sparta III Bez. — Rapid III Bez., Schlachthof, Aurat~~
15,30: Sparta II Bez. — Rapid II Bez., Schlachthof, Reinert
~~17,00: Sparta I Bez. — Rapid I Bez., Schlachthof, Kronia~~

Oberschlesien

Betriebsdelegierte haben auf dem Bergarbeiterkongreß das Wort

nicht Bonzen, Regierungsvertreter und bürgerliche Professoren

Wir bringen einen kurzen Auszug aus der ergiebigen Diskussion, über 20 Delegierte beteiligten sich an ihr, und das Schlußwort des Genossen Selbmann:

Kamerad Sch., Gosnitzagrube. Es ist wahr, daß die Gewerkschaftsbürokraten keinen größeren Streik mehr führen können. Sie sind mit dem kapitalistischen Staat schon zu eng verbunden. Auf der anderen Seite stehen ihre politischen Freunde als Polizeiminister, Regierungs- und Polizeipräsidenten bereit, jeden Streik mit dem blutigsten Terror niederzuschlagen. Wir müssen den Tarif kündigen und alles für die Auslösung eines geschlossenen Kampfes tun.

Kamerad R., Luisengrube. Die Praxis habe gezeigt, wie die Kongresse der Gewerkschaften zusammengeschoben werden. Die Bürokratie hat es zum großen Teil immer verstanden, die Opposition von den Tagungen fernzuhalten. R. schildert kurz den BAV.-Kongreß in Magdeburg, wo Husemann brutal gegen die oppositionellen Kameraden vorging. Jedes schändliche Mittel zur Mundtotmachung ist diesen Halunken recht.

Kamerad A., Guidogrube, geht ein auf das Werkspitzelwesen auf den Anlagen und stellt fest, daß auch die reformistischen Betriebsräte Spitzeldienste für die Verwaltung leisten. Auf den Preußag-Anlagen hat das Antreibersystem verschärft eingesetzt. Vor kurzem hat der Bergrat Baumann eine Sitzung mit den Antreibern gehabt, und in dieser verlangte er von ihnen die Steigerung der Förderung, bei Einsparung weiterer Arbeitskräfte.

Kamerad R., Carstenzentrumgrube. Die reformistisch-faschistischen Betriebsräte haben rote Betriebsräte auf die Abbaulisten gestellt. Sie helfen der Verwaltung mit, die Betriebe von revolutionären Arbeitern zu säubern. (Pfuirufe.) Die RGO.-Arbeit in den Betrieben muß besser werden. Der Vertrauensmännerkörper arbeitet auf unserer Anlage noch viel zu schwach. Das Kampforgan „Schlegel und Eisen" muß mehr verbreitet werden. Wie man hört, wollen die Gewerkschaften den Tarifvertrag ein halbes Jahr noch weiter laufen lassen. **Wir müssen bis zum 1. Oktober den Kampf mit allen Kräften organisieren. Parole am 1. 10.: Streik auf der ganzen Front. Als parteiloser Arbeiter fordere ich die Bergarbeiterschaft darüber hinaus auf, am 14. September der KPD. die Stimme zu geben.** (Bringt einen dementsprechenden schriftlichen Antrag ein.)

Kamerad L., Hedwigwunschgrube. Wenn die Forderungen betreffend Lieferung von Deputatkohle erfüllt würden, brauchte es keine erwerbslosen Bergarbeiter zu geben. Wir müssen die Abschaffung des Schießens mit flüssiger Luft fordern. Die Reformisten fordern, daß die Wahlen zum Betriebsrat alle drei Jahre vor sich gehen. Das hat seine Vorteile und auch Nachteile. Wir sollten die Gewerkschaften nicht von dem Abschluß von Tarifverträgen ausschalten; sie sollen die Verantwortung (!) mittragen.

Kamerad C., Castellengogrube. Das Kindergeld müsse bis zum 16. Lebensjahre gezahlt werden. Desgleichen müsse der Krankenschein bis zu diesem Zeitpunkt gewährt werden.

Kamerad G., Luisengrube. Die Luisengrube war früher eine Musteranlage; heute wütet die Rationalisierung noch viel schlimmer wie auf anderen Anlagen. Die Betriebsräte der RGO. stellten bei den Massenentlassungen den Antrag auf Entlassung der vielen Antreiber und die Herabsetzung der Gehälter auf 500 Mark monatlich. **Wir müssen mehr wie bisher die Einheitsfront von unten, von den Betrieben heraus betreiben.**

Die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter gehören zu uns in die rote Klassenfront.

Kamerad Sch., Concordiagrube. Das größte Hindernis um die Mehrheit der Arbeiter zu erringen, ist der Reformismus. Wir müssen diesen in den Betrieben vernichten.

Kollege L., Hegenscheidt. Gibt einen kurzen Bericht über die Metallbewegung und den Verrat der Reformisten und Christen. Auch für die Metallarbeiter läuft der Tarif am 30. 9. ab. Darum muß ein gemeinsames Kampfbündnis geschaffen werden.

Jugendkamerad B., Guidogrube. Die Ausbeutung der Jugend ist ungeheuerlich. Die erwachsenen Kameraden sollten sich der Jugendlichen im Betriebe mehr annehmen. Die Jugendlichen gehören mit in die Kampffront. Wir müssen den Kampf gegen den Werksfaschismus aufnehmen; darum gilt es, rote Betriebswehren zu schaffen.

Eisenbahnerkollege! Zuerst überbringe ich euch Kampfesgrüße der oberschlesischen Eisenbahner. Auch ihre Augen sind auf diesen Kongreß gerichtet. Der Gedanke unter den Arbeitern „Es kann nicht mehr so weitergehen" muß zur Tat durch die Führung von Massenkämpfen gegen Staat, Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie werden. Ueber die Köpfe der Verräter muß unter Führung der RGO. der Kampf ausgelöst werden. Die Eisenbahnerkollegen haben ihren früheren Standesdünkel — Tressen und recht viel Sterne — zum großen Teil fallengelassen. Auch sie hat die Peitsche des Hungers und der Ausbeutung getroffen. Die Bergarbeiter sind die wichtigste Berufsgruppe. Sie müssen alles daran setzen, daß am 1. Oktober der Streik für die revolutionären Forderungen aufgenommen wird. Der Kampf der Bergarbeiter ist auch der Kampf der Eisenbahner! Kameraden! Das Ergebnis der diesjährigen Betriebsratswahlen hat einen gewaltigen Eindruck auf uns Eisenbahner gemacht. Wir sehen, daß die RGO. die Mehrheit der Bergarbeiter hinter sich hat. Die RGO. ist auch die einzige revolutionäre Kraft. (Starker Beifall.)

Schlußwort des Genossen Selbmann

Kameraden! Wir müssen uns mit aller Schärfe gegen die dreijährige Funktionsperiode der Betriebsräte wehren. Wenn das die Reformisten fordern, so deshalb, damit die Betriebsräte nicht unter der starken Kontrolle der Belegschaften stehen. Unsere Forderung ist höchstens einjährige Funktionsdauer; alle Jahre soll zum Betriebsrat gewählt werden. Die Belegschaften haben es alle Jahre in der Hand, die Betriebsräte, die ihr Vertrauen nicht besitzen, zum Teufel zu jagen. Die Ansicht des einen Kameraden, man müßte die Gewerkschaften nicht ganz ausschließen vom Abschluß des Tarifvertrages, ist vollkommen falsch. Sollen wir diese Banditen, die Verrat auf Verrat an den Interessen der Arbeiter übten, noch heranziehen? Wenn einer von diesen Bonzen die Finger in der Suppe hat, so wird sie sauer! Die Arbeiterschaft muß verhindern, daß diese Leute die Hand noch im Spiele haben. Wir als RGO., die wir die Mehrheit der Bergarbeiter haben, stellen unseren eigenen Tarifvertragsentwurf entgegen. Ihr habt ihn heute zu beschließen und den Massenkampf um diesen zu organisieren.

Der Antrag des parteilosen Delegierten, am 14. September die kommunistische Liste zu wählen, ist zu begrüßen. Jeder von euch muß ein tüchtiger Wahlhelfer für die KPD. werden. Die Bergarbeiterschaft und gleichfalls die übrigen Proleten und ihre Frauen haben am 14. September ihren Kampfeswillen zu bekunden. Kameraden! Wir erwarten von euch, daß ihr die gefaßten Kampfbeschlüsse durchführt, daß ihr auf das tatkräftigste den Kampf gegen Lohnabbau und kapitalistische Rationalisierung für Lohnerhöhung und Sechsstundentag unter und Siebenstundentag über Tage organisiert und am 1. Oktober mit dem Streik aller Grubenanlagen den Unternehmern und ihren Hofhunden, den reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführern, antwortet. (Langanhaltender Beifall.)

Gleiwitz

Frau Albrecht spricht

am Sonnabend, dem 9. August, abends 8 Uhr, im großen Saale „Vier Jahreszeiten" über den Paragraphen 218.

Arbeiterfrauen, erscheint in Massen!

Arbeitersport-Verbandsspiele

Die am Sonntag, dem 3. August, stattgefundenen Verbandsspiele zeitigten folgendes Ergebnis: Diana-Gleiwitz gegen VfL.-Hindenburg 1:1, Halbzeit 1:0. Freundschaftsspiel Diana gegen Fichte-Petersdorf Schüler 3:0, Halbzeit 1:0. Diana II, Senioren, gegen VfL. 13:0, Halbzeit 9:0. I. Senioren gegen BSZ. Bobrek 2:0, Halbzeit 2:0.

Heraus zum Grenztreffen am 9. und 10. August

Arbeiter, Arbeiterfrauen! Beteiligt euch recht zahlreich an dem deutsch-polnisch-tschechischen Grenztreffen in Ratibor. Bekundet durch Teilnahme eure internationale Kampfgemeinschaft mit euren polnischen und tschechischen Arbeitsbrüdern und schwestern; eure Bereitschaft zur Verteidigung der Sowjetunion, wenn es die Imperialisten wagen sollten, einen neuen Krieg vom Zaune zu brechen!

Programm

Sonnabend: **19 Uhr: Sammeln auf der Frankschen Wiese zum Fackelzug durch die Stadt unter Mitwirkung der Schalmeienkapelle. 20.30 Uhr: Auftreten der „Roten Stürmer" im Saale der „Villa Nova".**

Sonntag: **6 Uhr: Wecken. 10—11 Uhr: Empfang der auswärtigen Gäste. 11 Uhr: Platzkonzert an drei Stellen der Stadt: Ring, Ostrog und Brunken. 13.30 Uhr: Sammeln auf der Frankschen Wiese zum Abmarsch zur Kundgebung. 14 Uhr: Kundgebung am Ringe, anschließend Demonstration durch die Stadt. 15.30 Uhr: Gartenkonzert in der „Villa Nova", Preisschießen, Verlosung usw. 18 Uhr: Auftreten der „Roten Stürmer" im Saale der „Villa Nova".**

Die Plakette kostet 20 Pfg. und berechtigt zur Teilnahme am Roten Treffen, außer der Theatervorführung, wo bei Vorzeigen der Plakette noch ein Eintritt von 30 Pfg. erhoben wird.

Ein Schanddokument des SPD.-Bürgermeisters Franz

Mittagbrot wird für Pflichtarbeit gewährt! — Erwerbslose, organisiert den Kampf um Arbeit und Brot bei tariflicher Entlohnung!

Hindenburg. Wir bringen nachstehend ein Schreiben des Wohlfahrtsamtes, aus dem ersichtlich ist, daß man mit der Drohung des Entzugs der Hungerunterstützung die Ausgesteuerten zur Pflichtarbeit zwingt:

„Wir teilen Ihnen mit, daß Sie zur Pflichtarbeit herangezogen werden, und zwar werden Sie genannte Arbeit am Freitag und Sonnabend, den 18./19. Juli 1930, leisten. Sie haben sich gegen Vorlegung dieses Schreibens am 18. Juli 1930 um 7 Uhr früh bei dem Stadtobergärtner Herrn Walter am Montag-Wochenmarktplatz zur Aufnahme der Pflichtarbeit zu melden. Die Dauer der Arbeit beträgt wöchentlich 16 Stunden. Sie arbeiten an genannten Tagen von 7 bis 11 Uhr und von 13 bis 17 Uhr.

Während der Mittagspause von 11 bis 13 Uhr wird Ihnen ein Mittagbrot in der Notstandsküche kostenlos verabfolgt, wozu Sie sich die notwendigen Gefäße mitbringen wollen.

Wir weisen darauf hin, daß die Weiterzahlung der Ihnen vom Fürsorgeamt gewährten Unterstützung von der Leistung der Pflichtarbeit abhängig gemacht wird. Erscheinen Sie nicht zu der angegebenen Zeit zur Pflichtarbeit oder lehnen Sie die Aufnahme der Arbeit ab, so wird Ihnen die Unterstützung entzogen. Durch Leistung der Arbeit wird ein entsprechender Teil der Unterstützung abgegolten, und Sie werden nicht mehr zur Erstattung dieses Teiles der gewährten Unterstützung herangezogen. Die Leistung der Pflichtarbeit beruht auf § 19 der Fürsorgepflichtverordnung."

Für dieses Schanddokument ist der sozialdemokratische Oberbürgermeister Franz verantwortlich. Es ist eines ehemaligen Bergarbeiter-„Führers" würdig und zeigt, wie tief die Verfechter des Polizeisozialismus gesunken sind: zu jeder Zeit gegen die werktätige Klasse bereit. An die Futterkrippe, die ihnen die Bourgeoisie zugewiesen, klammern sich diese Leute. Das sollte der letzte ehrliche Arbeiter erkennen und mit uns Kommunisten kämpfen, daß diese kapitalistische Republik verschwindet. Am 11. August werden die Franz und Co. wieder die Verfassung feiern! Sie haben Veranlassung, diese zu feiern, weil sie mit die Nutznießer dieses Staatswesens geworden sind. Die klassenbewußte Arbeiterschaft bleibt diesem Rummel fern.

Die Erwerbslosen müssen sich gegen den Arbeitszwang ohne tarifliche Bezahlung wehren; sie müssen diese Arbeitsleistung für ein Mittagbrot — wirklich großzügig ist Herr Franz — verweigern; sie müssen mit dem Streik antworten. Jetzt schon beginnen die Sozialfaschisten und ihre Presse mit der Wahlpropaganda in der Form allerschlimmster Demagogie. Sie erklären skrupellos, daß sie die Interessen der Erwerbslosen wahrgenommen haben und wahrnehmen werden! Die Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Proleten muß durch die restlose Stimmenabgabe aller Ausgebeuteten für die KPD. zunichte gemacht werden. Alles wählt am 11. September Liste 4.

Kreuzburg

Landwirtschaft in Not!

„Die Landwirtschaft in Not!" so schreien die Großgrundbesitzer. Der „Deutsche Vorwärts" schreibt: „Die Kommunisten müssen gehängt werden, weil sie für die Landarbeiter Bauhilfsarbeiterlöhne verlangen. Nun, wie liegen die Dinge? Auf den großen Gütern steht der Roggen heute noch, wo er schon vor drei bis vier Wochen abgemäht worden ist. Drei Viertel sind schon aus den Aehren herausgefallen. Tausende von Zentner liegen wieder in der Erde. Millionen Erwerbslose — Arbeitskräfte fehlen! Die Wenigen werden bei der Arbeit zu Tode gejagt. Für 17 Pfg. die Stunde will man den Arbeitern den letzten Tropfen Blut auspressen. Das Getreide konnte gut eingeerntet, und das, was heute in der Erde liegt, konnte verkauft werden. So konnte bestimmt der von uns Kommunisten geforderte Lohn gezahlt werden. Das ist die anarchistische Wirtschaft des Kapitalismus. Hinweg mit solchem Gebilde, welches gewaltsam das Brot vom Munde stiehlt. Du, Landarbeiter, hilf auch mit, einen Arbeiter- und Bauernstaat in Deutschland zu errichten. „Was du säest, sollst du auch ernten." Und nicht, daß für das Geld der Ernte die Krautjunker ein Luxusleben führen, und du dich nicht einmal sattessen kannst.

Ratibor

Betriebsobmann Schmidt ein A...kriecher!

Die Zustände bei der Ratiborer Speditionsfirma sind schlimm. Der dort amtierende Betriebsobmann Schmidt bekümmert sich nicht um die Beseitigung verschiedener betrieblicher Mißstände. Schmidt ist ein Arschkriecher bei der Geschäftsleitung; schert sich einen Teufel um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Er selbst drückt sich vor der dreckigsten Arbeit, die Kollegen müssen sie tun. Die Firma hat einen Proleten entlassen, während eigentlich Schmidt entlassen werden müßte. Schmidt hat als Chauffeur einen Wagen so lange gefahren, bis die Achse durchgerieben war und anderes mehr. Die Schuld schob er dem entlassenen Proleten in die Schuhe. Die Kollegen haben es in der Hand, wie lange noch Schmidt als Betriebsobmann fungieren soll! Sie sollten die Funktionsniederlegung fordern und einen Kollegen hierfür wählen, der ihr volles Vertrauen genießt.

Ottmachau

Genosse Jadasch spricht

am Mittwoch, dem 6. August, abends 7.30 Uhr, in einer großen öffentlichen Versammlung der Kommunistischen Partei.

Werktätige Frauen und Männer, erscheint recht zahlreich.

Oppeln

Kampf dem Schandparagraphen 218

Die zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Bergarbeiterfrau Albrecht spricht am Freitag, dem 8. August, 19½ Uhr, im Schützenhaus.

Arbeiter, besonders die Arbeiterfrauen und Mädchen, erscheint alle.

Spießer läßt Arbeiterjungen ertrinken

Am 1. August, nachmittags gegen 3 Uhr, fuhr ein Junge mit einem kleinen Handkahn am Volksrestaurant über die Oder. Beim Wirbeln verlor er das Gleichgewicht und rutschte ab ins Wasser. Nachdem er eine Strecke schwamm, wurde er schwach und ging unter. Wir machten den Herrn Kehr, Pächter des Volksrestaurants, darauf aufmerksam, daß er sofort die Samariter bestellen soll; er antwortete: „Nein, das tue ich nicht, denn ich habe dafür schon mal 15 Mark blechen müssen." Ja, es ist nur ein Arbeiterkind, für diese haben unsere Spießer doch nichts übrig. Es wäre doch bestimmt möglich gewesen, den Jungen aus dem Wasser zu holen. Der Fährmann Teuber fuhr sofort mit seinem Motorboot an die Unglücksstätte, aber leider war ein Bergen unmöglich, auch weitere Kähne waren nicht da. Wo bleiben nun die Worte: Helfe deinem Nächsten wie dir selbst...?

Wird die Staatsanwaltschaft hier eingreifen oder nicht?

Wuchtige Kundgebung gegen Krieg und Faschismus

gegen Massenmorden, Hunger und Unterdrückung im Kreise Neustadt

Klein-Strehlitz. Am 1. August, 17 Uhr, versammelten sich die Erwerbslosen der ganzen Umgegend von Klein-Strehlitz zu einer Massenkundgebung. Nach einer kurzen Ansprache des Kreistagsabgeordneten Genossen Hellfeuer formierte sich um 17.30 Uhr die versammelte Masse zu einem geschlossenen Zuge, und mit dem Gesang der „Internationale" demonstrierte man in den Straßen von Klein-Strehlitz. Anschließende Kampfeslieder sowie Rot-Front-Rufe wurden aus dem geschlossenen Zuge zum Ausdruck gebracht. Die ins Mauseloch verkrochenen Faschisten und Spießbürger staunten, daß die kampfbereite Arbeiterschaft nicht scheut, diesem Gesindel entgegenzutreten. So manchem dieser Faschisten ist wohl die Luft in die Hose geblasen worden, weil bis dahin immer mehr der Beweis geliefert werden kann, wie kampfbereit das unterdrückte Volk auf der Seite des Kommunismus steht.

Nachdem die Straßen von Klein-Strehlitz durchzogen worden sind, bildete am Ringe der Demonstrationszug ein Spalier, und Genosse Hellfeuer gab hier in seiner Ansprache zum Ausdruck, daß das unterdrückte Proletariat zu jeder Zeit und Stunde kampfbereit stehe, gegen Krieg und Faschismus vorzugehen. Ferner brachte Genosse Hellfeuer zum Ausdruck, daß das unterdrückte Proletariat nicht scheut, den mit „Radiergummi", Pistole und Säbel ausgerüsteten Henkern entgegenzutreten. Beweis: die Berliner Arbeiterschaft am 1. Mai 1929.

Am 14. September wählen alle Proletarier kommunistisch!

Achtung! Achtung!

Parteisekretariat und Lokalredaktion der „Arbeiter-Zeitung" nach Hindenburg verlegt

Genossen! Alle Zuschriften sind ab sofort nach Hindenburg, Kronprinzenstraße 260, Eingang Wasserstraße, zu adressieren. Adresse der Bezirksleitung der KPD.: Fritz Jendrosch, MdL., Hindenburg, Kronprinzenstraße 260, Eingang Wasserstraße. Adresse für Redaktionszuschriften: Oberschlesische Lokalredaktion der „Arbeiter-Zeitung", Hindenburg, Kronprinzenstraße 260, Eingang Wasserstraße. Bezirksleitung des KJVD.: Fritz Leppi, Hindenburg, Kronprinzenstraße 260, Eingang Wasserstraße.

Die neue Telefonnummer wird in Kürze bekanntgegeben.

Kulturkonferenz am 24. August in Breslau

(Nicht 17. August)

Wählt in allen Arbeiterkultur-organisationen sofort Delegierte!

Meldet sie an Erich Muschalla, Breslau, Leuthenstraße 43.

Die „Monistische Gemeinde" läßt am Sonnabend, 20 Uhr, im Saale Grünstraße 14/16 ihren Gesinnungsfreund, den berühmten Bergmann Paul Diebel aus Waldenburg einen Aufklärungsvortrag über das „Wunder von Konnersreuth" halten. Diebel wird das Wunder durch Vorführungen seiner eigenen Stigmatisierungserscheinungen enthüllen. Niemand braucht nach Konnersreuth zu reisen, sondern nehme diese seltene Gelegenheit am Orte wahr. Karten zu 50 Pfennig im Vorverkauf Grünstraße 14/16 zu haben. Mitglieder gegen Ausweis 20 Pfennig.

Die neue „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung" Nr. 32 bringt: Bäuerin auf dem Felde; Massenkämpfe in Frankreich, Streik der 100 000 im Nordfrankreich; Aegypten im Kampf um die nationale Unabhängigkeit; Allzeit bereit. Bilder vom 2. Welttreffen der Arbeiterkinder in Berlin; Ueber das Flicken. Praktische Fragen für die Arbeiterfrau. Kaukasische Arbeiterkinder, halbseitiges Bild. Roman. Roman. „Ruhe im Dorfe". Gedicht von Slang; Seemannsleben. Zum internationalen Treffen der Seeleute in Hamburg; Jenseits des polnischen Korridors. Die Notlage der ostpreußischen Kleinbauern; Rätsel; Schach; Satire und Humor; Hasard auf der Straße. Eine rumänische Milieuschilderung; Kurzgeschichte „Zwei Brüder", mit Bildern von Bi; Bilder aus der Arbeiterbewegung; Die Müngstener Brücke wird gestrichen; Vom Arbeitersport; Kinder rollen über den Rasen. Eine Kinder-Sportseite; Katastrophen. Erdbeben in Italien. Einsturz der Koblenzer Brücke.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzteil (außer Oberschlesien) Wilhelm Biewald, Breslau. für Oberschlesien Fritz Jendrosch, Gleiwitz. Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau.

Freitag, 8. August.

15.45: Prof. Fechner: Vom Okkulten und vom Wunder.
16.05: Frauenstunde: Von der seelischen Entwicklung des Kindes.
16.30: Operettennachmittag der Funkkapelle.
17.30: Kinderzeitung: Schnuffi-Bubus und der Zeitungsonkel.
18.00: G. Hallama: Schlesischer Verkehrsverband Adlersbach und Wekelsdorf.
18.15: Dr. Milch: Literaten zanken sich: Das Plagiat.
18.40: Gleiwitz: Frieda Hauke: Arbeiterwohlfahrt in Oberschlesien.
Ca. 19.10: Abendmusik der Funkkapelle.
20.00: „Die Hafenkneipe". Hörspiel von Jörn Jörnsen.
21.15: Seemannslieder, gesungen vom Funkchor.
21.45: A. E. Johann: Japanisches Erlebnis.
22.40: Reichskurzschrift.

Sonnabend, 9. August.

15.45: Dr. Theodor Wolff: Die Kunst, Gold zu machen.
16.05: Bücherstunde: Weltwirtschaft und Weltpolitik.
16.30: Aus französischen Opern. Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
18.00: Dr. Hamburger, Herbert Wahlinger: Die Filme der Woche.
18.30: Esperanto: Elsa Koschate: Die schlesische Glasindustrie.
Ca. 18.45: Prof. Weitz: Verschollene Vorläufer.
19.00: Graf von der Recke-Volmerstein: Schlesische Wälder, Teiche und Seen.
Ca. 19.30: Greta Keller singt (Schallplatten).
20.00: Staatsminister a. D. Lüdemann: Reichsverfassung und die sozialen Kämpfe der Zeit.
20.30: Leipzig: Leipziger Allerlei.

BUSCH
die große **Circuszeltstadt**
an der Jahrhunderthalle
Tägl. abds. 8 Uhr große Vorstellung
Heute Mittwoch, sowie Sonnabend und Sonntag
2 große Vorstellungen
nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr. Auch in den Nachmittagsvorstellungen d. volle Weltstadtprogramm und das große Wasser-Manege-Festspiel
Kinder nachmittags halbe Preise
Völkerschau und Zoologischer Park
Täglich von 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends geöffnet
Vorverkauf: Verkehrsbüro Barasch, Telephon 526 41 u. an d. Circuskassen, Telephon 215 35
Volkstümliche Preise!
80 Pf. bis 3.50 Mk. (Fremdenloge 5.— Mk.)
Nur kurze Zeit

Deine Einkäufe
mache bei Inserenten dieser Zeitung
Die anderen wollen Dein Geld nicht!

Central-Lichtspiele Liegnitz
Donnerstag nachmittags 3 Uhr
Gr. Erwerbslosen-Sonder-Vorstellung
Einheitspreis 50 Pfg.
gegen Vorzeigung der Stempelkarte
Zwei Herzen im 3/4-Takt

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

OPIUM
für die Arbeiterschaft ist der bürgerliche Rundfunk und seine sämtlichen Rundfunkzeitschriften. Gegen dieses Gift der bürgerlichen Rundfunkpresse ist die beste Abwehr die werktätige Rundfunkzeitschrift der „Arbeiter-Sender". Der proletarische Hörer erhält durch den Arbeiter-Sender eine aufklärende Besprechung aller Rundfunkveranstaltungen im revolutionär-kulturpolitischen Sinne. Hinaus mit den bürgerlichen Rundfunkzeitschriften aus den Wohnungen der Werktätigen. Bestellen Sie bei Ihrem Postamt noch heute den Arbeiter-Sender

Mehrere
Zeitungsverkäufer
werden gesucht, die gewillt sind, bei täglich 8stündiger Beschäftigung unsere
illustrierte Wahlzeitung
zu verkaufen. Besonders erfolgreiche Verkäufer werden nach der Wahl weiter beschäftigt. Zuschriften sind zu richten an:
Artur Müller, Breslau 2
Lehmgrubenstr. 87 part. links.

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum
INSERIEREN

F Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Strehlen

Kauft im Central-Kaufhaus Strehlen 12865

Besucht die Vereinigten Lichtspiele 12864

Max Kalke, Ring 25 Bekleidung 12866

Kleiderstoffe / Wäsche / Konfektion Fritz Grundmann, Ring 50 12867

Man kauft gut im Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstraße 1 12868

Patschkau

Brillen-Lieferant aller Krankenkassen Fachmännische Bedienung Optiker PAUL SCHUBERT, Ring 16 Schleiferei mit Motorbetrieb 13215

13216 Brot-, Weiss- und Feinbäckerei ERNST WISCHKA, Frankensteiner Str. 47

Stadt-Apotheke Ring 13 13217

Mehl und Kolonialwaren 13218 ALFRED GIERSIG, Ring 201

Roßschlächterei P. IMMIG Breslauer Str. 108 13219

Paul Neumann 13220 Damen- u. Herrenkonfektion, Manufakturwaren Wäsche, Trikotagen. Einkaufsquelle der Arbeiter

Hausfrauen! Kauft Kolonialwaren, Haus-Küchengeräte, Schuhe usw. bei EMIL WISTUBA 13221 Äußere Glatzer Straße 46

Schweidnitz

W. Tänzmann, Grabenstraße 1 Motorräder, Fahrräder, Grammophone Lager von zirka 300 Markenrädern Kinderwagen 13871

Rothenbach

Kauft im Schuhhaus ASSMANN, Hauptstraße 30 13868

A. Keshler, Inh. Paul Rennoch Nr. 24 Fahrräder, Lebensmittel, Haus- und Küchengeräte, Eisenwaren, Leder 13867

Dittersbach

ROCKWALD-DROGERIEN Hauptstraße 57a und 123 13898

Nieder-Salzbrunn

Lebensmittel, Kolonialwaren, Zigarren, Spirituosen / Robert Bernhard Nachflg. Waldenburger Straße 57 13869

Ohlau

Nähmaschinen :: Fahrräder Paul Frost, Breslauer Chausse 3 12880

Ludwig Glogowski Modewaren, Ring 26 12881

Bierverlag und Ausschank Adolf Jawiersch, Ring 12 12842

ENGEL-DROGERIE Mälzerstraße 8 12843

Karl Rossdeutscher, Breslauer Str. 3 Hüte / Mützen / Herrenartikel 12844

G. Lustig, Breslauer Straße 6 Herren- und Knabenbekleidung Schuhe / Wäsche / Trikotagen 12845

Feinkosthaus Aug. Unverricht Nachf. Kaffee-Großrösterei — Kolonialwaren Grottkauer Straße 1 12856

Peisterwitz

Breslauer Kaufhaus, Inh. P. Schleif Wäsche, Weißwaren, Bettfedern und Inlette Hauptstraße 73 12878

Max Kuhnert Hauptstrasse 90 Fleisch 12877 u. Wurstwaren Einkaufsquelle der Arbeiter | Reserviert

KAUFHAUS TONDYCROCH Hauptstraße 89 Die Einkaufsquelle der organisierten Arbeiter 12879

Friedland O.-S.

Otto Herrmann, Töpferstraße 44 Kurz-, Weiß- und Wollwaren 13213

Juliental Bezirk Breslau

„RAUTENKRANZ" das Verkehrslokal der Arbeiter 13212

Friedland Bez. Oppeln

Möbelhaus Tel. 93 FRITZ SCHUBERT liefert zu günstigen Zahlungsbedingungen 13907

Julius Sagner's Nachflg. M. Hartmann, Kolonialwaren, Schuhwaren — Brauauer Straße 18 13906

Reserviert für Teichorzich 13895

Kotzenau

Fahrräder / Nähmaschinen / Ersatzteile Reparaturwerkstatt Alfred Münch, Bahnhofstraße 7 13888

Kaufhaus Hermann Krause Manufaktur, Modewaren und Konfektion 13237

Glogau

SCHÖNBORN Preußische Straße 40/41 reinigt färbt plissiert 13885

EMIL WINKLER Lange Straße 21 Kolonial- und Tabakwaren 13883

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei ERICH LINDNER Lange Straße 17 13882

K. Maiwald Mühlstrasse 1 Zigaretten 13885 Zigarren, Tabake | Herren- und Knabenbekleid. Adolf 13876 Kreutzberger Markt 18

Alfred Jenzen Mälzstraße, Ecke Mohrenstraße Damenhüte / Trauerkonfektion 13881

PAUL KURZKE Mälzstraße 41 Schuhwaren aller Art 13880

Pietrkowski Seit 35 Jahren Qualitätswaren immer am billigsten 13879

Reserviert 318 13878

Reserviert 1001 13877

Waldenburg-Sandberg

Sandberger Kaufhaus Inh. August Eulla / Waldenburger Str. 17 13904

Im Kaufhaus W. Rahmer Friedländer Straße 28 kauft man gut und billig 13902

Waldenburg

Möbelhaus Fischer Hermannstraße 40 13903 Neu eröffnet!

Nied.-Hermsdorf

Kauft bei SCHÄFFER, Glückaufstraße 21 13897

IDA ZWIENER 7 Hauptstraße 29 Reste — Partiewaren — Bettfedern Kein Laden 13896

Gottesberg

ARBEITER kauft eure Kolonialwaren, Zigarren und Spirituosen bei PAUL FEIGE Gottesberg, Grüssauer Straße 4 Filiale Friedland 13471

Obst, Gemüse, Südfrüchte, Molkereiprodukte Rudolf Hondl, Niederstr. 36 13472

GUSTAV STELZER, Mittelstr. 23 Filiale: Fürstensteiner Straße ff. Fleisch- und Wurstwaren 13908

Kunstglaserei und Wirtschaftsartikel Walter Beck, Markt 9 13473

EDUARD GOERSCH Buchbinderei u. Papierhandlung Markt Nr. 16 13474

Verkehrslokal „DEUTSCHE HALLE" Topfmarkt 13475

ff. Roßfleisch und Wurstwaren KARL MARTIN, Filiale Friedland Fürstensteiner Straße 33 13476

Möbel, reell und preiswert G. Thient, Inh. Fr. Franke Fürstensteiner Straße 19 13477

TRINKT MILCH aus der Gottesberger Molkerei Schützenstraße Nr. 12 13456

Gut und billig kaufen Sie in RÜFFERS RESTEHAUS Inh. E. Schmidt, Bahnhofstraße 45 13457

Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren Fürstensteiner Straße 38 13458

Reserviert 29 13459

Wüstegiersdorf

WILHELM HAIN, Schuhmachermeister Maßanfertigung und Reparaturwerkstatt Hauptstraße 9 13901

GOTTHARD GILLERT Hauptstraße 19 Kolonialwaren, Weine, Spirituosen 13900

GEORG WIESNER / Auenstraße 6 Lebensmittel — Feinkost Landesprodukte 13899

Schützenhaus Kaltwasser Beliebtes Ausflugslokal Sonntags Tanz 13868

Wüstegiersdorf

Schuhhaus Eduard Scholz vormals E. Scholz Erben 13870

Ältest. Uhrenhaus Albert Fischer Hauptstr. 55 13866 | Ernst Kramer ff. Fleisch- und Wurstwaren Hauptstrasse 90 13862

Paul Scholz, Schlossermeister Fahrräder, Nähmaschinen und Reparaturwerkstatt Hauptstraße 77 13865

GASTHOF ZUR HOFFNUNG Jeden Sonntag großer Tanzbetrieb Hauptstraße 91 13864

Brot- und Feinbäckerei Bruno Kinze, Hauptstraße 85 13863

Ober-Wüstegiersdorf

Leinen- und Baumwollwaren kaufen Händler und Private preiswert im Wüstegiersdorfer Leinenhaus E. WUNSCH Eigene Fabrikation 13860

Kolonialwaren, Spirituosen, Tabake Adolf Stache, Hauptstraße 139 13859

ERNST TEICHMANN Hauptstraße 1 Kleiderstoffe, Bettwäsche Haus- und Küchenwäsche Trikotagen 13861

Liegnitz

Max Futter Ring 9/10 ist billig 13891

Konditorei und Bäckerei Fritz Hocke Goldbergerstr. 26 13883 | Reserviert

EUGEN PASSON Inh. Gebrüder Boecker Fleischerei und Wurstfabrik Frauenstraße 50 Telephon 2353 13892

Brot- und Feinbäckerei ANTON KUHN Wilhelmstraße 11 13890

Fleisch- und Wurstwaren Carl Linke Kohlmarkt 13889